

Anschrift:

Marientreppe 10 • 24939 Flensburg

Geschäftsführerin:

Ingrid Schumann

Sprechzeit:

Montag bis Freitag 9.30 - 12.00 Uhr Telefon (04 61)2 67 08 ■ Telefax (04 61) 2 67
09 Außerhalb der Geschäftszeit (04 61)3 15 60 21

Beitrag:

20 DM für Einzelmitglieder

40 DM für Verbände, Schulen usw.

Bankverbindungen:

Flensburger Sparkasse (BLZ 215 500 50) 2 001 020

Sparkasse NF' Husum (BLZ 217 500 00) 13 862

Postbank: Hamburg (BLZ 200 100 20) 114 07-206

INHALT Seite

Bernd Henningsen Deutschland und
Skandinavien:
Eine Wahlverwandtschaft.....143

Hans Schultz Hansen
Schleswigsche Identität in den 1840er Jahren
- ein historischer Begriff wird aktuell.....155

Annegret Bruhn
Das Lehrerinnenseminar in Augustenburg 1878 – 1920.....165

Mette Kathrine Andersen Als
dänisches Mädchen
am Lehrerinnenseminar in Augustenburg.....172

Umschau ab Seite 177

Die Grenzfriedenshefte werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.
Sie erscheinen vierteljährlich.
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.
Einzelheft 6,- DM.
Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Redaktion der Grenzfriedenshefte:
Lothar Hay (V.i.S.d.P.), Moorbachwinkel 8, 24939 Flensburg Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15, 24955 Harrislee Dr. Matthias Schartl, Friedrichstal 55, 24939 Flensburg Redaktionsanschrift: Hafendamm 15, 24937 Flensburg
Satzerstellung: Satzkontor CICERO GmbH - Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg, Telefon 04 61 / 9 33 04 ■ Telefax 04 61 / 9 43 55 • ISDN 04 61 / 9 43 56
Druck: Harry Jung - Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg

Deutschland und Skandinavien: Eine Wahlverwandtschaft

von BERND HENNINGSEN

Am 24. Oktober eröffnete Königin Silvia von Schweden unter großem Publikumsandrang im Deutschen Historischen Museum in Berlin die kulturhistorische Ausstellung „Wahlverwandtschaft. Skandinavien und Deutschland 1800-1914“. Die Ausstellung wurde von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des DHM, des Nationalmuseums Stockholm, der Universität Stockholm und des Nordeuropa-Instituts der Humboldt-Universität zu Berlin konzipiert und erarbeitet. Sowohl an der Ausstellung als auch am kiloschweren Katalog haben Experten aus allen angesprochenen Ländern mitgearbeitet; die Arbeitsergebnisse werden in einem umfangreichen Beiprogramm in diesem Winter in Berlin vertieft und ergänzt.¹

Wahlverwandtschaft

1775 legte der schwedische Chemiker *Torbern Bergman*, der als Begründer der analytischen Chemie gilt, eine Schrift vor, die nicht nur in den Naturwissenschaften Aufmerksamkeit erregen sollte: *De attractionibus electivis*. Seit Goethe nämlich mit dem „Kunstwort“ *Wahlverwandtschaften* die von dem Schweden beobachtete Eigenschaft der Anziehung und Abstoßung von Elementen 1809 zum Gegenstand eines Romans machte, hält sich im allgemeinen Sprachgebrauch diese „chemische Gleichnisrede“ (Goethe) auch als Bezeichnung für menschliche und kulturelle Beziehungen. Hatte Bergman mit seinem Begriff die Eigenschaft chemischer Elemente bezeichnet, die bei Annäherung von der Verbindung mit einem Stoff in die Verbindung mit einem anderen wechseln können, sich also „wahlverwandtschaftlich“ zu verhalten, so haben wir seit Goethe einen Begriff für die altbekannte Tatsache, daß auch Paare bei Annäherung sich kreuzweise aus der einen Verbindung in eine andere begeben können - mit allen durch diese Bewegung verbundenen Komplikationen.

Die „Begegnung“ zwischen Bergman und Goethe war eine wissenschaftliche, eine literarische, noch nicht gestört durch die politischen Grenzen des aufziehenden Nationalismus im 19. Jahrhundert. Sie kann in der kulturhistorischen

¹ Der vorliegende Beitrag geht zurück auf einen Vortrag vor der Historischen Gesellschaft Glücksburg, gehalten am 4.7.1997 im Weißen Saal des Glücksburger Schlosses. Die vollständige Fassung ist im Ausstellungskatalog (Einleitung) nachzulesen, siehe Hinweis am Ende dieses Aufsatzes.

Retrospektive als beispielhaft für das gelten, was sich politisch, sozial, nicht zuletzt kulturell und wissenschaftlich ereignete: die gewählten Verbindungen, Begegnungen, Treffpunkte, Kreuzungen zwischen und unter den skandinavischen und deutschen Vertretern von Politik, Geist, Kultur. Was auch immer die Motive im einzelnen gewesen sein mögen - die gegen- und wechselseitige Anziehung, die zwischen Deutschland und Skandinavien im 19. Jahrhundert stattgefunden hat und die von Harmoniebedürfnis, aber auch von schrecklichen Mißverständnissen zeugt, können wir inzwischen als eine Geschichte der konstruierten Gemeinsamkeiten nacherzählen.

Man muß sich dabei im klaren darüber sein, daß ein solches Projekt - im wahrsten Sinne des Wortes - auf einem *politisch* sehr dünnen Eis steht: Die politische, vor allem aber die ideologische Geschichte der skandinavisch-deutschen Beziehungen ist durchzogen von Identitätskonstruktionen, von Mißverständnissen und in neuerer Zeit von politischen Katastrophen. Das Blut-und-Boden/ Brauchtum-und-Sitte-Denken der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts hat eine Sprache und hat Bilder hinterlassen, die die Klischees, die man voneinander hat, weiterhin bedienen.

Konstruktion und Erfindung

Der Begriff „Wahlverwandtschaft“ ist aber nicht nur Metapher und hat assoziativen Wiedererkennungswert für die Beschreibung einer Begegnungsgeschichte im 19. Jahrhundert; er verweist zugleich auf die wechselseitige *Konstruktion* zweier Kulturräume, die es im politisch-nationalen Sinne über die längste Zeit des Jahrhunderts gar nicht gegeben hat: Weder existierte ein Deutschland vor 1871, das die Hoffnungen und Ängste seiner Nachbarn politisch rechtfertigen könnte (danach allerdings sehr wohl erfüllte), noch gab es ein politisches Skandinavien nach 1523 (dem Ende der *Kalmarer Union*), das alle ideologischen Projektionen vom (nord-) germanischen Arkadien auch nur im entferntesten erfüllte. Gleichwohl ist das Bild vom Norden, das wir am Ende des 20. Jahrhunderts von dieser Region Europas haben, im 18., vor allem aber im 19. Jahrhundert gezeichnet worden - mit groben, weitausholenden Strichen; ebenso geht das Bild von Deutschland, das man im Norden hat, auf diese Zeit zurück. Die Typologien sind seither durch politische und kulturelle Erfahrungen verstärkt, manchmal verändert worden. Sie sind in unserem kulturellen Gedächtnis aufgehoben und werden von Generation zu Generation weitergegeben; erst die seltenen Gedächtnisbrüche lassen aufmerken.

„Deutschland und der Norden“ ist immer Thema eines Mißverständnisses - ob es die Wikinger sind, die Hanse-Kaufleute, die lutherischen Protestanten, die (vor allem) schwedischen Teilnehmer im Dreißigjährigen Krieg, die Aufklärer am

Ende des 18. Jahrhunderts, die literarischen Romantiker und philosophischen Idealisten im frühen, die Germanentümler im späten 19. Jahrhundert (Kaiser Wilhelms „Nordlandfahrten“ als Beispiel), die „nordische Herrenrasse“ in der Rassenideologie des „Dritten Reiches“, die „Modelle“ der modernen Wohlfahrtsstaaten: Immer wird ein Bild des Nordens gezeichnet, das bestimmt zu sein scheint, durch die eigenen politisch-kulturellen Unzulänglichkeiten - die man abwehren will -, durch hehre Wunschvorstellungen von einer paradiesischen Welt. Letzten Endes sind es die *eigenen* Mängelerfahrungen, die das Bild bestimmen.

Insofern könnte als roter Faden durch das Thema der Gedanke von der *Erfindung des Nordens* ausgelegt werden. Dies bietet sich an, da in der Tat auch eine Wechselbeziehung zu identifizieren ist - das ist im Sinne der „Wahlverwandtschaft“ zu sehen in der auch der Norden *sich selbst erfindet*. Der große barocke Polyhistor, Entdecker des Lymphsystems und Anatom *Olof Rudbeck* ist mit seinem Gründungsmythos am Ende des 17. Jahrhunderts, einer Art rückwärtsgewandten Utopie („Atlantis oder Manheim“), ein treffendes Beispiel. Mit ihm, der zu seiner Zeit in ganz Europa gelesen wurde, wird die biblische Überlieferung, wird die klassische Mythologie des antiken Griechenland und vieles mehr in den Norden geholt; damit ist der Ursprung der Welt in Schweden/Nordeuropa ausgemacht: Ausgerechnet der kalte Norden wird zur *vagina gentium*, zum Schoß der Menschheit, Gottvaters Schöpfungsparadies ausgerechnet in der Moskitohölle Lapplands geortet.

Wechselbeziehungen

Beispiele solcher (vorwärts- wie rückwärtsgewandter) Projektionen lassen sich durch die Jahrzehnte und Jahrhunderte in großer Zahl ausmachen; insbesondere aber das 19. Jahrhundert ist hier eine einzigartige Fundgrube. Mit einiger Vorsicht wird man sagen können, daß am Ende des Jahrhunderts der Norden für Deutschland - trotz Ibsen, Strindberg und all' den anderen - als eine Art bäuerliche, sicherlich auch präkapitalistische Idylle steht, die eher durch die Scholle als die Maschine gekennzeichnet ist. Wenn deutsche Schriftsteller (Arno Holz!) sich zuweilen ein nordisches Pseudonym zulegten, weil sich ihre Bücher aufgrund der literarischen Mode hinter einem skandinavischen Etikett garantiert besser verkaufen ließen, dann ist das nicht nur Ausdruck einer konstruktivistischen Nordenschwärmerei - der Traum vom Norden wird gewissermaßen kapitalisiert sondern auch Ausdruck einer gelebten Ambivalenz, denn die bäuerliche Idylle stand auch im Norden einer durchaus gewußten industriellen Moderne gegenüber.

Für den Norden wird Deutschland/Preußen zum Modellfall von politischer, so-

zialer und ökonomischer Erneuerung, vor allem aber die industriell-zivilisatorische Modernisierung zieht die Skandinavier an, nach Berlin insbesondere. Daß sie selber Akteure der Modernisierung im wilhelminisch widerstrebenden Kulturmilieu am Ende des Jahrhunderts werden - der Fall *Edvard Munch* macht dies besonders deutlich ist heute klar zu erkennen: Georg Brandes, Jens Peter Jacobsen, Henrik Ibsen, August Strindberg, Henrik Pontoppidan, Edvard Grieg und viele andere transportieren die Modernisierung *in beide Richtungen*.

Die ganze skandinavisch-deutsche „Wahlverwandtschaft“ ist bereits am Beginn des 19. Jahrhunderts in Leben und Wirken *einer* Person gebündelt, dem Naturforscher, Philosophen und Dichter *Henrik Steffens*: Im norwegischen Stavanger geboren, studierte er in Kopenhagen und zog in das „romantische“ Deutschland; er hatte in Jena Schellings Antrittsvorlesung gehört und zog begeistert, in der Erwartung, eine freie Professur in Kopenhagen zugesprochen zu bekommen, 1802 in die dänisch-norwegische Hauptstadt. Von seinen im Winter 1802/03 gehaltenen Philosophie-Vorlesungen, denen das junge und das geistige Kopenhagen lauschte, ging die „romantische“ Initialzündung in Skandinavien aus; ausgehend von diesem Datum kamen die romantisch-idealistischen deutschen Ideen in den Norden. Noch im Winter 1802 - die Geschichte ist für die kulturelle Konstruktion von geistigen Epochen eigentlich zu schön, um wahr zu sein - fand das legendäre 17-stündige Gespräch zwischen Steffens und *Adam Oehlenschläger* statt, das den jungen ehrgeizigen dänischen Dichter zum ersten Romantiker Skandinaviens machte. Seine Gedichtsammlung von 1803 markiert den Beginn der Romantik in Dänemark fast auf den Glockenschlag; auch wenn Oehlenschläger die Anerkennung Goethes versagt blieb - er schrieb deutsch *und* dänisch wie etwa auch der schwedische Romantiker Per Daniel Amadeus Atterbom deutsch *und* schwedisch schrieb -, so ist er zu einem der ganz Großen in Skandinavien geworden: aufgeweckt von einem Norweger, der aus Deutschland kam. Steffens allerdings blieb die Karriere in Dänemark versagt: Er kehrte nach Halle zurück, wurde dort Professor, danach in Breslau, von wo er an den deutschen Freiheitskriegen gegen Napoleon teilnahm; er beendete schließlich seine Karriere hochgeehrt in Berlin, an der dort 1810 gegründeten Universität als Professor für Naturphilosophie und war zeitweilig deren Rektor.

Der norwegische Maler *Johan Christian Dahl* ist ein weiteres „wahlverwandtschaftlich“-legendäres Beispiel - belegt durch die lebenslange Künstlerfreundschaft mit *Caspar David Friedrich*, aber auch durch die malerischen Einflüsse, die er auf norwegische und deutsche Künstler ausgeübt hat. Dahl kam 1818 nach Dresden und ließ sich nach seiner Heirat mit Amalie von Block in dieser Stadt nieder. Er wurde 1820 Mitglied der Akademie, 1824 außerordentlicher Professor und wird heute nur zu gerne als *deutscher* Romantiker katalogisiert.

Er war um das kulturelle Erbe seines Heimatlandes sehr besorgt und gab mit Leben und Werk ein beredtes Beispiel für die „Kreuzungen“ deutscher und skandinavischer Kultur in der ersten Hälfte des Jahrhunderts ab. Zu illustrieren ist dies am Schicksal der Stabkirche des kleinen norwegischen Vang, die er, um sie nach dem geplanten Abriß vor der endgültigen Vernichtung zu retten, für umgerechnet 427 Mark kaufte. Die Kirche wurde an Friedrich Wilhelm IV. verkauft, der sie schließlich ins schlesische Brückenberg weitergab, wo sie - stark verändert - heute noch zu finden ist. Abbau, Transport und Wiederaufbau wiederum - eine weitere „Kreuzung“ - wurden 1841 von Dahls Dresdner Schüler, *Franz Wilhelm Schiertz*, überwacht, der sich nach getaner Arbeit als Architekt in Bergen niederließ.

Am Ausgang des Jahrhunderts dann ist die „wahlverwandtschaftliche“ Begegnungsgeschichte symbolisiert in einer Person, deren politisches Ende auch den Beginn vom Ende des nordischen Traumes von Deutschland markiert: Wilhelm II. Der Untergang des wilhelminischen Deutschland, damit die Vorbildfunktion, die die preußische Politik der modernisierenden Reformen von oben für viele im bürgerlichen Lager in Skandinavien hatten, beendet einen Traum abrupt. Die Nordlandromantik Wilhelms aber - die ganz manifest in seiner Schenkung einer überdimensionalen (und überaus scheußlichen) Wikingerstatue an die Norweger wird - wird nun in Deutschland zu einem politischen Programm, ganz treffend von Wilhelm formuliert: „Es zieht mich mit magischen Fäden zu diesem kernigen ... Volke ..., welches in seinen Sagen und seiner Götterlehre stets die schönsten Tugenden ... der Germanen ..., die Mannentreue und die Königstreue, zum Ausdruck gebracht hat“; das Ariertum wird aus der intellektuellen Latenz in der Folgezeit in die politische Wirklichkeit gehoben. Der deutsche Traum wird schreckliche Blut-und-Boden-Realität. Es ist bezeichnend, daß Wilhelm II. und der schwedische König Oscar II. von ihrer „Stammverwandtschaft“ sprechen. - Daß sich heute im Internet deutsche Rechtsradikale eines „Thule-Netzes“ bedienen, ist Folge *dieser* Geschichte.

Projektionen

Als am Ende der napoleonischen Kriege 1814 Norwegen nach Jahrhunderten der Zugehörigkeit von Dänemark getrennt und in Personalunion Schweden zugeschlagen wird, beginnt eine der spannendsten kulturellen Epochen im Norden: Norwegen ist zunächst politisch und kulturell mit sich selbst beschäftigt und entwickelt erst ab den vierziger Jahren eine eigenständige Literatur und Philosophie. Das nationale Projekt verspätet sich, aber immerhin wird die Konstruktion einer nationalen Identität in diesem Land mit der „Erfindung“ einer eigenen, von der dänischen Reichssprache unterschiedenen *norwegischen Sprache*

gekrönt - Herder hatte bei der Begründung von nationaler Identität mittels der eigenen Sprache auch im Norden Pate gestanden.

Hegel kommt relativ früh nach Dänemark, auch in diesem Fall durch eine Art „Erweckung“ des späteren Theaterdirektors und idealistischen Geschmackstyrranen *Johan Ludvig Heiberg* als Vermittler - er trifft dort aber auf ein durch eine traditionelle „Lebensphilosophie“ resistentes Milieu, das durch die skandinavische Aufklärung und vor allem aber durch eine Reihe von kleinen Philosophen bestimmte Schule charakterisiert ist, der das große Systemdenken Hegelscher Prägung ein schlichter Graus ist - unabhängig davon, daß schon die deutsch-idealistische Sprache jeden skandinavischen Zugang verwehrte: Die der Wirklichkeit zugewandten Intellektuellen des europäischen Nordens klagten über die Düsternis der deutschen Philosophie und hatten nur Spott übrig für „das Ding an sich“. Insbesondere *Søren Kierkegaard* steht hier als philosophische Größe, die alle Hegelsche „Wahlverwandtschaft“ abstieß, so daß Politik und Gesellschaft Dänemarks für die Einflüsse des deutschen Idealismus und ihrer diversen links- und rechtsgewirkten Schulen immun blieben - im großen und ganzen.

Nikolai Frederik Severin Grundtvig - der dänische Vater der skandinavischen Volkshochschulbewegung - lieferte ein weiteres antiideologisches Ferment für die sich demokratisierenden Gesellschaften in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, das wiederum auf die südlichen Nachbarländer weitergegeben wurde: Der Gedanke, man müsse die Bauern als die breiteste Schicht der Bevölkerung für die neuen demokratischen Zeiten fit machen, sie zu Politik und Diskussion erziehen, sollte durchschlagenden Erfolg haben und ganz wesentlich die Stabilität der dänischen Gesellschaft bewirken. Auch die deutsche Erwachsenenbildung ist ein „wahlverwandtschaftliches“ Kind dieser Zeit, sie steht in der Schuld Grundtvigs.

Je weiter man sich jedoch von deutschen Landen entfernt, desto geringer werden im Norden die Aversionen gegenüber deutschen „Erfindungen“, so auch bezogen auf den Hegelianismus und die idealistische Philosophie - in Finnland konnten sie sich im kulturellen Leben und an den Universitäten fest verankern, in Schweden gehen sie über in einen spezifischen Idealismus, der mit dem Namen *Christoffer Jakob Boströms* verbunden ist. Wenn jedoch geistige Strömungen sich ausbreiten, so sollte man sie vorsichtig mit dem Original vergleichen: Weder ist die dänische oder schwedische Romantik deckungsgleich mit der deutschen - in Norwegen wird die literarische Romantik erst in den vierziger (!) Jahren virulent -, noch sind es die kulturellen oder politischen Bewegungen. Die schwedische Romantik, deren nordisch-götizistische Beimengungen dem deutschen Publikum (und hier auch wieder Goethe) so besonders gefielen - *Essaias*

Tegnér's „Frithiof Saga“ zum Beispiel - hat bereits frühzeitig und deutlich ausgeprägt einen nationalen Einschlag, der wichtig für die „Schwedisierung“ Schwedens im 19. Jahrhundert wurde und der sich auf eine lange Tradition des Gotizismus gründete.

Der Romantik folgte das Schwärmen, dokumentiert durch Gemälde und Zeichnungen deutscher Künstler vom Norden: Man malte den Norden - meist Norwegen - in bester Tradition der frühen „Erfinder“ des Nordens, ohne jemals dort gewesen zu sein. Man malt es so, wie man sich das rauhe, urwüchsige Land *vorstellte*, aus dem die nordische Mythologie und aus dem die Gestalten der literarischen Überlieferung kamen. Die Bilder demonstrieren eine zu diesen „Helden“ *gedachte* Landschaftskulisse, die mehr mit der südfranzösischen (Steil-) Küste zu tun hat als mit Norwegen. Wenn Künstler, wie z. B. der deutsche *Andreas Achenbach*, später nach Norwegen reisen und danach weitere nordische Landschaften malen, so wird der Unterschied zwischen Traum und Wirklichkeit sichtbar. Achenbach überwindet mit seinem künstlerischen Ansatz nicht nur die romantisch-idealistische Richtung der Düsseldorfer Schule, die zunächst wegen ihrer Historienmalerei berühmt war, sondern bestätigte ihre herausragende Position der Landschaftsmalerei mit den typischen Düsseldorfer Motiven: Schneesturm, Wassermühle, Wildbach. In den vierziger und fünfziger Jahren, auf der Höhe ihres Ruhmes, zog die Düsseldorfer Malerschule Scharen von Ausländern an - die meisten kamen aus Skandinavien, unter ihnen waren sensationell viele Frauen.

Die Maler sind das eine Beispiel, *Friedrich de la Motte Fouque* das literarische: In *schriftlichem* Kontakt mit fast allen des literarischen Parnasses des Nordens hat er doch Berlin und Brandenburg nie verlassen - Schauplätze und Personen seiner Bücher sind gleichwohl der Norden, zumeist der alte, vergangene, die Helden- und Ritterwelt einer nie stattgefundenen Vergangenheit.

Auch musikalisch sind rege Wechselbeziehungen kennzeichnend für das 19. Jahrhundert: In den vierziger Jahren gingen norwegische Musiker nach Deutschland, um zu lernen, denn in Norwegen waren die Möglichkeiten, Musik zu studieren, so gut wie nicht vorhanden. Dieweil verschlug es deutsche Musiker nach Norwegen - denn dort gab es Arbeit. Als dann die ausgebildeten norwegischen Musiker in ihre Heimat zurückkehrten, waren dort alle Posten besetzt. Bekannt ist die herausragende Rolle, die Leipzig als Musikmetropole gespielt hat. Hier war der Däne *Niels Gade* Nachfolger von Felix Mendelssohn-Bartholdy geworden (allerdings nur für ein Jahr), und hier war *Edvard Grieg* von 1858-1862 am Konservatorium tätig; der weltberühmte Violinist *Ole Bull* hatte ihm dazu geraten. Er spielte Franz Liszt vor, der ihm wiederum eine Empfehlung zur Vorlage beim norwegischen Storting schrieb, damit der norwegische Staat

diesem begabten Komponisten eine Künstlergage zahle.

Verwandten-Dämmerng

Das „wahlverwandtschaftliche“ Verhältnis Dänemark - Deutschland ist um die Mitte des letzten Jahrhunderts von dynastischen, politischen, ja von revolutionären Auseinandersetzungen um Schleswig und Holstein geprägt; die aufkommende Linke hat sich für die Ereignisse und die Region brennend interessiert - und schreckliche Fremdbilder hinterlassen: Was Marx, Engels, Liebknecht über die (für ewig betrunken gehaltenen) Nordleute geschrieben haben, spottet jeder internationalistischen Überzeugung Hohn. Die Kriege zwischen 1848 und 1864 sind in die Malerei eingegangen; aber auch literarisch hatten sie Folgen (Fontane war 1864 Kriegsberichterstatler für Berliner Zeitungen!). Die schleswig-holsteinische Frage, bei der Dänemark die Unterstützung Schwedens und Norwegens erwarten konnte (die aber nicht erfolgte), markiert zugleich das Ende jener als „Skandinavismus“ in die Ideologiegeschichte des Nordens eingegangenen Bewegung; sie ist eine Art skandinavisches Gegenstück zur deutschen Nordenschwärmerei, politisch ist sie zum zeitgenössischen Pangermanismus/Panslavismus in Relation zu setzen, führte aber nicht wie diese zu Nationalstaatsbildungen.

Ein von seinen Landsleuten enttäuschter Ibsen verließ Norwegen 1864, lebte überwiegend in Deutschland und Italien, kehrte erst 1891 endgültig wieder in sein Heimatland zurück - wie so oft: Ein nationaler Dichter schrieb „draußen“. Auch Ibsen steigt in eine geradezu paradigmatische „Wahlverwandtschaft“ ein: Wenn er zu Urlaubszwecken München verließ, heuerte der Besitzer seines Stammcafes, der wegen des Fehlens seiner täglichen Attraktion Einkommensverluste befürchten mußte, einen Schauspieler der gegenüberliegenden Kammerspiele an, staffierte ihn á la Ibsen aus und placierte ihn publikumswirksam am Fenster seines Etablissements - Anekdoten dieser Art (Original und Fälschung sollen sich leibhaftig begegnet sein) gibt es viele zu erzählen. Der kämpferische Bjørnstjerne Bjørnson schrieb aus Anlaß der schlappen „nordischen“ Politik zornige Gedichte. Es ging hierbei jedoch weniger um die politische Frage Schleswig-Holsteins oder Dänemarks, es ging vielmehr um die Frage: Sind wir im Norden Brüder oder nicht? Ibsen wie Bjørnson sprachen bitter vom Verrat am südlichen Nachbarn am Kattegatt.

So spitzten sich die politischen, nicht zuletzt auch die ökonomischen und sozialen Verhältnisse um die siebziger Jahre zu; gleichzeitig kann man den Beginn eines neuen *kulturellen* Zeitalters vermelden: Der poetische Realismus in der (dänischen) Literatur, das Biedermeier sind zu Ende, die Moderne nimmt unaufhaltsam ihren Anfang. Herausragend in diesem Zusammenhang - und wie Stef-

fens/Oehlenschläger vor ihm - ist dies mit dem Namen des Dänen *Georg Brandes* verbunden. Mit seiner Vorlesungsreihe zum „Modernen Durchbruch“ an der Kopenhagener Universität ab 1870/71, mit der auch er (vergebens) ein Professorat zu erwerben trachtete, kommen die modernen literarischen, aber auch andere wissenschaftliche Strömungen aus Europa (Taine, Zola, Darwin, Mill) nach Dänemark/Skandinavien: Die industrielle Revolution hat eine kulturelle zur Seite. Doch der gesellschaftskritische Jude *Georg Brandes* (sein Bruder Edvard begründet den modernen Journalismus in Dänemark mit) ist antisemitischen Verfolgungen ausgesetzt und „flieht“ - ausgerechnet nach Berlin. Sein Buch „Berlin als Reichshauptstadt“ resümiert den Aufenthalt von 1877-83 und macht Skandinavien mit Preußen-Deutschland-Europa bekannt. Brandes inspiriert nicht nur den literarischen Parnaß Skandinaviens dazu, gesellschaftliche Probleme zur Debatte zu stellen, er wird zum Kulturpapst im modernen Sinne, vermittelt die skandinavischen Autoren nach Süden, stellt die europäischen/deutschen dem Norden vor: Nicht zuletzt *Friedrich Nietzsche* wird durch ihn in Skandinavien eingeführt. Theaterstücke von Skandinavien stehen in Deutschland ab den siebziger Jahren hoch im Kurs: August Strindbergs Einakter ebenso wie Ibsens Gesellschaftsdramen. Zur selben Zeit entfalten Verleger wie *Samuel Fischer*, *Albert Langen* und *Eugen Diederichs* ein unglaubliches Engagement für die Herausgabe skandinavischer Werke in Deutschland. Heute sind die meisten der Autoren vergessen, nur noch einem ausgesuchten Publikum bekannt und allenfalls Gegenstand von skandinavistischen Seminaren: die Norweger Jonas Lie, Bjørnstjerne Bjørnson, Amalie Skram, die Dänen Henrik Pontoppidan, Laurids Bruun, Herman Bang, Karl Gjellerup, die Schweden Gustaf af Geijerstam, Victoria Benedictsson - um nur diese zu nennen. Sie waren seinerzeit vielgelesene Berühmtheiten.

Modernisierungen

Aus Norwegen kommt 1892 ein junger Maler, dessen Bilder man kaum kannte - er hatte eine Einladung zu einer Einzelausstellung nach Berlin erhalten -, in die deutsche Hauptstadt, um in der ansonsten kulturell verschlafenen Residenz nahezu sein gesamtes Frühwerk zu zeigen. Er löste einen Skandal aus, der als einer der größten in die Geschichte der darstellenden Kunst eingegangen ist: *Edvard Munch*. Er selbst kommentierte die Verrisse, die seine Ausstellung begleiteten, lapidar und selbstbewußt mit der Einsicht, daß er eine bessere Reklame nicht hätte bekommen können. Mit gutem Recht wird man den Skandal und das Ausstellungsdatum als Beginn der Moderne nennen dürfen. Freunde findet er im *Schwarzen Ferkel*, wie August Strindberg Türkes Weinstube in der Wilhelmstraße getauft hat. Hier treffen sich die Jungen, die Radikalen, die meis-

ten von ihnen Skandinavier: der erwähnte Strindberg, *Ola Hansson*, der später eine Biographie über Nietzsche schreiben wird, Edvard Munch; ab und zu ist der norwegische Kunsthistoriker *Jens Thiis* zu Besuch, der später Direktor der Osloer Nationalgalerie wird, und viele andere mehr.

Eine „Frequenzgeschichte“ der nordisch-deutschen Wahlverwandtschaft wird wahrscheinlich ein ziemliches Ungleichgewicht der Begegnungen zutage fördern: Beispiele wie in der schwedischen Großmachtzeit, als sich deutsche Musiker dauerhaft in Schweden niederließen, oder in der Person *Klopstocks*, der sich für 20 Jahre in Kopenhagen aufhielt - solche Beispiele der längeren oder permanenten Präsenz von „großen“ Deutschen wird man im 19. Jahrhundert wohl nur wenige finden. Im Unterschied dazu steht die Präsenz von „großen“ Skandinaviern in Deutschland, sie kommen und sie bleiben auch lange. Vor allem aber sind es die *Ideen*, die die „Wahlverwandtschaft“ repräsentieren, vermittelt über und durch Philosophie und Literatur, später die Politik im weitesten Sinne, Die seit *Voltaire* gebräuchliche Metapher vom Licht, das aus dem Norden kommt, wird zur vielstrapazierten Floskel.

Die Geschichten von Physik und Chemie sind voll von Begegnungen und Beeinflussungen. *Alexander von Humboldt* verweist auf der Berliner Versammlung der deutschen Naturforscher und Ärzte 1828 - nachdem er auf Linne, Scheele und Bergman eingegangen ist-ausführlich auf das Licht, „welches noch jetzt in reichstem Maße von dem Norden ausgeht“. Die „Gesellschaft der Naturforscher“ wird zu einem skandinavisch-deutschen Begegnungsmedium. Die Frequenz und die Präsenz verändern sich mit dem Gang des Jahrhunderts, sie bekommen zusätzliche Qualität durch Industrialisierung und Internationalisierung. Die Politik kommt zusehends ins Spiel, die Wirtschaft nicht minder.

Als technisches Vorbild hatte Deutschland für den Norden schon lange gedient: Bergbautechnik für die norwegische Kupferstadt Røros. Norwegens Technische Hochschule in Trondheim wurde nach deutschem Vorbild und unter Mitwirkung deutscher Wissenschaftler zu Beginn unseres Jahrhunderts gebaut. Ingenieure aus Deutschland (und anderen europäischen Ländern) bzw. hier ausgebildete skandinavische Ingenieure bauten die industrielle Infrastruktur der nordischen Länder mit auf: Wasserwerke, Elektrizitätswerke, Gaswerke, Fabriken. Die Ausbildung selbst wird aus dem Süden adaptiert.

Die sozialistische Wahlverwandtschaft

Sozial und politisch steht im Zeitalter der beginnenden Industrialisierung im letzten Drittel des skandinavischen 19. Jahrhunderts die Organisierung der Arbeiterschaft im Mittelpunkt des Interesses: Skandinavische Handwerker(!) bringen von

ihren europäischen Wanderungen das Gedankengut der (deutschen) Sozialisten nach Norden, übersetzen die Programme der deutschen Sozialdemokratie (schlecht), korrespondieren nach Gründung und Etablierung der Gewerkschaften und der Parteien mit der deutschen „Mutterpartei“. *Hjalmar Branting* etwa, der schwedische Parteivorsitzende und erste sozialdemokratische Ministerpräsident, verkehrt mit *Karl Kautsky* und *Eduard Bernstein*; umgekehrt pflegte *Georg von Vollnar* (der „königlich bayerische“ Sozialdemokrat) nicht nur politischen Kontakt mit dem Norden, er war mit einer Schwedin verheiratet.

Die „sozialistischen“ Korrespondenzen über die Ostsee hinweg liegen in den Archiven und sind noch selten veröffentlicht worden. Streikbrecher und Anti-Streikbrecher bestritten einen regen Grenzverkehr in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Mit ihrer Wurzel in der deutschen radikalen sozialistischen Theorie entwickelten alle skandinavischen Parteien und Gewerkschaften jedoch bald nach Gründung (überwiegend erst in den achtziger Jahren) eine eigene moderate, der skandinavischen liberalen politischen Tradition verpflichtete Marschrichtung, die sie in Dänemark und Schweden ab 1917 in die Regierung führte.

Eng verknüpft mit der Industrialisierung und der Entdeckung der Natur als Freizeitareal (1885 wird in Schweden die Pfadfinderbewegung gegründet, deren vehementer Fürsprecher *Sven Hedin* wurde) ist die „Lebensreformbewegung“ - Namen wie des schwedischen Malerehepaars *Karin* und *Carl Larsson*, der schwedischen Autorin und „Jugendpolitikerin“ *Ellen Key*, dem Museumsmann *Arthur Hazelius* und der norwegischen „Institution“ *Fridtjof Nansen* gehören hierher. Bereits auf der großen nordischen Ausstellung in Stockholm 1897 war dem Nationalheros Nansen ein Schauraum gewidmet, an dem man die Mythisierung dieser Gestalt ablesen konnte - die Natur wird bezwingbar, der Entdecker zum Nationalheld, der Horizont erweitert sich. Dies nicht allein für die skandinavischen Länder, sondern abstrahlend auf den Süden in gleicher Weise - *Fridtjof Nansen* und *Sven Hedin* sind die Heroen einer neuen Zeit, sie erlangen daher ihren politischen und ihren kulturellen Einfluß. Die Olympischen Spiele in Stockholm 1912 erscheinen uns als Sinnbild dieses neuen Körperbewußtseins, dessen Schattenseite der aufkommende Biologismus, die Rassenlehre und der Antisemitismus sind - in Deutschland *und* im Norden.

Das Ende vom Traum?

Der Traum ist mit dem Ersten Weltkrieg nicht zu Ende, er erhält jetzt allerdings eine andere Qualität. Diese neue Qualität kündigt sich zum Beispiel mit den politischen Karikaturen eines *Olaf Gulbransson* an; der Norweger ist ständiger Mitarbeiter des Münchner „Simplicissimus“ und der wohl bedeutendste Karikaturen-

zeichner seiner Zeit. Gulbransson wirbt mit seinen Plakaten für die Kriegsteilnahme: Der Erste Weltkrieg steht bevor, in Europa gehen die Lichter aus. Weder die „Wahl-“ noch die „Stammverwandtschaft“ haben verhindern können, daß man sich nun feindlich gegenüberstand - oder vielleicht gerade deshalb. Stehen am Anfang der skandinavisch-deutschen „Wahlverwandtschaft“ die Bilder vom Norden, die sich seit der Antike im kollektiven Gedächtnis der Europäer festgesetzt haben, dann wurden sie durch die Bilder der Romantik und des Biedermeiers im 19. Jahrhundert koloriert - sei es in der Malerei, den Künsten oder der Literatur. Sehnsucht und Fernweh sind ihre Ingredienzen, aber auch Projektionen und Verschiebungen - die eigene (nationale) Wirklichkeit wird als defizient erfahren, eine andere wird imaginiert, die Realität verschwimmt, sie bleibt außerhalb der Bilder. Nicht nur bei Friedrich und Dahl stehen die Bildgestalten mit dem Rücken zum Betrachter und blicken in Richtung auf einen fernen Horizont - im übertragenen Sinne tun dies auch die Literaten, die Philosophen und die Intellektuellen und zu einem guten Teil auch die Politiker. Die Realität befindet sich dort, wo der *Betrachter* steht, vor dem Rahmen, außerhalb der Bilder. Die Figur, die angeschaut wird, wendet sich ab, man sieht sie von hinten: *Das* ist das Sinnbild des 19. Jahrhunderts: Es ist der Traum, von einer anderen Welt - aus der Realität sind wir bereits herausgetreten, das Reich der Freiheit liegt am Horizont (in ferner Reichweite), das Reich der Notwendigkeit ist bereits durchlebt, es kommt im 20. Jahrhundert unerbittlich Über uns, als die Imagination brutale politische Wirklichkeit wird.

„Wahlverwandtschaft. Skandinavien und Deutschland 1800-1914“ im Deutschen Historischen Museum, Unter den Linden 2, 10117 Berlin (bis 6. Januar 1998).
Geöffnet: Mo-So, 10.00-18.00 Uhr, mittwochs geschlossen. Die Ausstellung ist ab 26. Februar 1998 im Nationalmuseum in Stockholm zu sehen und ab 16. August 1998 im Folkmuseum in Oslo. Katalog in der Ausstellung DM 58,-, gebundene Buchhandelsausgabe im Jovis Verlag Berlin DM 98,-

Schleswigsche Identität in den 1840er Jahren – ein historischer Begriff wird aktuell

von *HANS SCHULTZ HANSEN*

Der aktuelle Bezug¹

In diesem Frühjahr gab es bekanntlich nördlich der Grenze eine heftige und oft leidenschaftliche Auseinandersetzung über die Errichtung einer europäischen Region aus dem dänischen Amt Sønderjylland, den schleswig-holsteinischen Kreisen Nordfriesland und Schleswig-Flensburg sowie der Stadt Flensburg. In dieser Diskussion spielte der Name für die zukünftige grenzüberschreitende Region eine bedeutende Rolle. Am Anfang stand der Vorschlag „Euroregion Slesvig/ Schleswig“, womit man den gemeinsamen deutsch-dänischen Begriff des Gebietes zwischen der Königsau und der Eider in den Mittelpunkt stellte. Im Verlauf der Debatte wurden aber nördlich der Grenze deutlich Stimmen mit der Forderung laut, die rein dänische Bezeichnung „Sønderjylland“ in den Namen der Region eingehen zu lassen. Bekanntlich wurde als Resultat der Entwurf des Regionalstatuts geändert, so daß die Region nun den Doppelnamen „Region Sønderjylland/ Slesvig“, bzw. „Schleswig/Sønderjylland“ trägt.²

Mit diesem Doppelnamen ist man insbesondere jenen Kreisen nördlich der Grenze entgegengekommen, denen daran lag, die in den vergangenen 150 Jahren erfolgte nationale Teilung des Herzogtums Schleswig als politischen Ausgangspunkt für die deutsch-dänische Zusammenarbeit zu betonen. Die Initiatoren der grenzüberschreitenden Region unterstrichen demgegenüber mit dem Namen „Euroregion Schleswig“ eine historische Kontinuität vom alten Herzogtum Schleswig innerhalb des übernationalen dänisch-deutschen Gesamtstaates zur neuen Region in einem Europa, das über nationale Grenzen hinweg enger zusammenarbeitet.

Angesichts dieser aktuellen Entwicklung drängt sich dem Historiker eine Frage auf: Es ist eine historische Tatsache, daß Schleswig eine staatsrechtlich abgegrenzte Einheit vom 13. Jahrhundert bis 1864 bildete - aber gab es auch bei den Einwohnern dieses Herzogtums ein Bewußtsein dieser besonderen Stellung zwischen Holstein und dem Königreich Dänemark - gab es vor dem Durchbruch der nationalen Bewegungen im Jahre 1848 so etwas wie eine schleswigsche Identität?

Begriffe, Quellen und Methoden

Es wäre auf jeden Fall einfach, den Begriff „Identität“ so eng zu definieren, daß

die Antwort zunächst „nein“ lauten müßte. Nimmt man als Ausgangspunkt, daß eine regionale schleswigsche Identität sich auf die gleiche Weise zeigen müßte wie die beiden bekannten nationalen Bewegungen, daß sie Flugschriften, Zeitungen, Volksfeste, Vereinsgründungen, Symbole und vieles mehr hervorbringen müßte, so gäbe es wohl keine schleswigsche Identität. Es soll aber an dieser Stelle betont werden, daß hier das Wort „Identität“ in seiner breitesten Bedeutung benutzt wird und damit auch eher lose verbundene Vorstellungen und Wünsche beleuchtet werden sollen, die das Ziel hatten, Schleswig als eine eigenständige Einheit zwischen dem deutschen Herzogtum Holstein und dem Königreich Dänemark zu bewahren.

Dabei ist auch von Bedeutung, welche Quellen in Frage kommen. Als eine Möglichkeit bietet es sich natürlich an, die schriftliche Hinterlassenschaft der Bevölkerung in Form von Bauerntagebüchern, Briefen und ähnlichen Aufzeichnungen zu nutzen. Lassen Sie mich dafür einige Beispiele anführen.

Anders Petersen, Geschworener und Hufner in Orsted bei Sommerstedt, schrieb über das Jahr 1808: „In diesem Jahr, insbesondere im August, September und Oktober grassierte die Ruhr sehr stark hier in Holstein.“³ Daß er den Namen Holstein auch für Schleswig benutzt, klingt nicht nach einem stark ausgeprägten Bewußtsein für die besondere Stellung Schleswigs - aber es war durchaus üblich im 18. Jahrhundert. Auf der anderen Seite schreibt der Spitzenhändler Jens Wulff in Brede zum Jahreswechsel 1813/14 über ein anderes Unglück, die Kosakeninvasion: „Zahlreiche Feinde sind im Land und haben das ganze Holstein und einen Teil Schleswigs dazu erobert ... das übrige des Schleswigschen und mit ihm Jütland sind vom gleichen Schicksal bedroht.“⁴ Bei Wulff findet sich also eine klare Vorstellung darüber, daß es Unterschiede zwischen Holstein, Schleswig und Jütland gab.

Diese beiden fast gleichzeitigen, aber gegensätzlichen Aussagen zeigen deutlich die Grenzen dieser Quellen auf: ihren mehr oder weniger zufälligen Zusammenhang und die Frage, ob sich ihre Aussagen verallgemeinern lassen. Hinzu kommt die Schwierigkeit, die große Quellengruppe, in die sie gehören, systematisch auszuwerten. Ein erfolgsversprechenderer Zugang ist deshalb eine Untersuchung der Frage, wie die Bevölkerung mit den beiden vorrückenden nationalen Bewegungen in den 1840er Jahren umging - denn eine Identität zeigt sich wohl am besten in ihrer Abgrenzung zu anderen sich vordrängenden Identitäten. Ein weiterer und entsprechend fruchtbarer Zugang kann die Untersuchung der Argumentationsmuster der nationalen Bewegungen gegenüber der Bevölkerung sein, um daran festzustellen, wie die nationale Propaganda den allgemein verbreiteten Vorstellungen entgegenzutreten versuchte.

Spuren einer schleswigschen Identität im östlichen Nordschleswig 1843/44

Die dänische Bewegung machte sich in den 1840er Jahren zunächst vor allem im Amt Hadersleben bemerkbar, besonders in dessen nordöstlichem Teil. Ihre Zeitung „Dannevirke“ wurde in der Stadt Hadersleben herausgegeben, ihre Volksfeste fanden auf Skamlingsbanke statt, und ihre Organisation, „Den slesvigske Forening“, gegründet 1843, hatte hier den größten Teil ihrer Mitglieder. Hier also begegneten sich zum ersten Mal die schleswigsche Landbevölkerung und die dänische nationale Offensive.

Und bei diesem Zusammentreffen hatten einige kein besonders gutes Gefühl. Im Dezember 1843 erklärten beispielsweise 55 Einwohner des Kirchspiels Hoptrup in der Haderslebener Zeitung „Lyna“ ihre Unzufriedenheit mit „dem sogenannten nordschleswigschen Verein“. Diese Erklärung war die erste in einer Reihe von sogenannten „Kirchspielstellungen“ in der „Lyna“ gegen die dänisch-nordschleswigsche Bewegung, denen sich im Laufe des ersten Halbjahres 1844 weitere anschlossen: die Kirchspiele Aastrup, Wilstrup, Bjerning, Schottburg, Starup, Maugstrup, Wittstedt und Stepping im Amt Hadersleben sowie das Kirchspiel Loit im Amt Apenrade.⁵

Diese „Kirchspielstellungen“ waren verschieden formuliert, hatten aber immer denselben Grundton. Man war gegen „Parteigeist“, „Unruhe“ und die „verderbliche Zwietracht“. Vor allem aber drückten alle diese Kirchspielpetitionen einen konservativen Gedankengang aus. Die Unterzeichner wollten die „uralten bestehenden Zustände“, die „wohlerworbenen Gerechtsame“ und „unsere eigenen Landesrechte und alle unsere staatsrechtlichen Verhältnisse“ behalten. Dazu gehörte Schleswigs Selbständigkeit und die von altersher überkommene Verbindung des Herzogtums mit Holstein: „Wir wollen bleiben, was wir sind, nämlich Schleswiger, und wir wollen auf keine Weise von unseren holsteinischen Brüdern geschieden werden.“ Eine Eingliederung Schleswigs ins Königreich wurde deshalb abgelehnt. In vielen Kirchspielpetitionen ist zugleich die bei den Schleswigern damals verbreitete Herablassung gegenüber den „Jüten“ festzustellen.

Andererseits wollten die Unterzeichner aber auch keine Abtrennung von Dänemark; auch in dieser Hinsicht sollte das Bestehende fortgesetzt werden. In Wilstrup versicherten die Unterzeichner, daß sie keinen Haß gegenüber Dänemark schüren wollten: „Weit entfernt irgendeinen Haß oder eine Feindschaft gegen das Dänische zu fühlen, achten wir vielmehr das dänische Volk als gute und treue Nachbarn...“. In Aastrup sprach man sowohl von „dänischen Mitbrüdern“ als auch von „holsteinischen Brüdern“ und schrieb: „Wir fühlen ebenfalls unsere Verpflichtung in Hinblick auf Dänemark und erkennen, daß wir mit Dänemark

einen Staat bilden, ebenso wie zwei Kirchspiele mit unterschiedlichen kommunalen Einrichtungen sehr wohl unter einem Pastorat vereint sein können oder mehrere Harden unter einem Vogt.“ Durchgehend bezeugen diese Stellungnahmen eine starke Ehrerbietung gegenüber „unserem allergnädigsten König“, „unserem allergnädigsten Landesvater“ und „unserem guten und weisen König“. auch nicht das Steuerbewilligungsrecht für die Stände oder eine freie Verfassung. Es gab auch weder einen Hinweis auf das Erbrecht des Herzogs von Augustenburg noch eine Umschreibung des Königs als „Herzog“ oder „Landesherr“. Solche klar zu Tage liegenden schleswig-holsteinischen Kennzeichen und Markierungen fehlen gänzlich. Daran zeigt sich, daß diejenigen, die hier die Initiative ergriffen hatten, eine klare Vorstellung davon hatten, was die Bevölkerung zu unterschreiben bereit war. Die bedeutende Anzahl von Unterschriften kann als ein Zeichen dafür gewertet werden, daß sie die Stimmung richtig eingeschätzt hatten. Doch darf man auch kein allzu großes Gewicht auf die Benutzung der Begriffe „Volk“ und „Nationalität“ in den Petitionen legen - vielmehr kann man annehmen, daß die Verfasser hier Begriffe von den nationalen Bewegungen entlehnt haben, um ein sonst selten formuliertes schleswigisches Gemeinschaftsgefühl auszudrücken.

Die „Volksadresse“ 1847

Auch auf der dänischen Gegenseite waren sich die führenden Leute darüber im klaren, welche Bedeutung der Appell an das Schleswigsche haben könnte. 1846 veröffentlichte König Christian VIII. seinen berühmten „Offenen Brief“, in dem er das Erbrecht der Augustenburger auf Schleswig in Hinblick auf das Aussterben des oldenburgischen Königshauses zurückwies. Der König versicherte jedoch die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit Schleswigs, was man in Nordschleswig mit Zufriedenheit aufnahm.

Als der Organisator der dänischen Bewegung, Prof. Christian Flor, daraufhin eine Adresse als Dank an den König in Umlauf setzte, machte er im Petitionstext dem schleswigischen Sondergefühl ein Zugeständnis. Flor schrieb: „Deshalb wünschen wir zu bleiben, was wir immer gewesen sind: dänischsprechende oder deutschsprechende Schleswiger, die wir nun einmal sind, wir können nicht einsehen,

warum es für uns nicht möglich sein sollte, so zu bleiben, ohne daß der eine von uns dem anderen Verdruß macht oder ihn unterdrückt. Wir hegen, wie wir ehrlich bekannt haben, eine gewisse Furcht vor dem, was sie die Inkorporation ins Königreich nennen, weil uns dadurch unsere Freiheiten und Landesrechte genommen werden. Und die Verbindung, in der wir bis jetzt mit Holstein gestanden

haben, ist uns über lange Zeit vertraut und vielen von uns auch lieb geworden.“⁸ Flor fügte auch negative Aspekte der Verbindung mit Holstein hinzu, aber unter den gegebenen Umständen hatte er den richtigen Ton getroffen; mit nahezu 4000 Unterschriften wurde die „Volksadresse“ die größte dänische Petition vor 1848.

Flensburg - Hochburg für schleswigsche Strömungen 1841-48

Flensburg lag auch in den 1840er Jahren schon an einer Grenze - nämlich an der Sprachgrenze. Die Stadt selbst und ihr östliches und südliches Umland sprachen Plattdeutsch, das westliche und nördliche Umland sprach demgegenüber dänisch. Gleichzeitig war Flensburg die größte Stadt des Herzogtums und sein wirtschaftliches Zentrum. Somit war es kein Wunder, daß die Stadt sowohl von der schleswig-holsteinischen als auch von der dänischen Bewegung umworben war.

Die in der Stadt vorherrschende Stimmung war allerdings beiden gegenüber skeptisch.⁹ Im Jahr 1840 veröffentlichte der Arzt Claus Manicus eine Flugschrift mit dem Titel „Schleswigs Zukunft“. Darin schrieb er: „Wenn man uns nun auffordert, reine Holsteiner oder reine Dänen zu werden, das Deutschthum oder Skandinaventhum anzunehmen, dem deutschen Bunde oder der dänischen Ständeversammlung beizutreten, so verlangt man das Unmögliche.“¹⁰ Derselben Linie folgte die „Flensburger Zeitung“, die im gleichen Jahr, 1840, gegründet wurde. Flensburgs wirtschaftliche Interessen waren insbesondere mit den westindischen Inseln und dem Königreich verbunden. Die meisten Kaufleute waren deshalb Anhänger des Gesamtstaates, auch weil der Gesamtstaat den besten Schutz gegen die wachsende Konkurrenz der Metropole Hamburg bildete. Aber deutschsprachig, wie sie nun einmal waren, fürchteten sie und ihr Ständedeputierter, der Agent H. C. Jensen, daß Bestrebungen zur Förderung der dänischen Sprache als Mittel dienen könnten, „dänische Einrichtungen und dänische Beamte bei uns einzuführen, und mit derartigen Maßnahmen kann unsere Nationalität ... leicht bedroht sein“.¹¹

1841 forderte die „Flensburger Zeitung“ mit Erfolg die Wähler auf, für die Ständeversammlung solche Vertreter zu wählen, die für den städtischen Handel und das Gewerbe eintraten, und nicht solche, die sich für die Verbreitung der dänischen oder deutschen Sprache einsetzten. Anlässlich eines Festes nach dem Wahlsieg brachte Dr. Levestamm ein Hoch auf die „Schleswigsche Nationalität“ aus:

„Ohne sich verleiten zu lassen durch die schleswig-holsteinische Propaganda,

ohne sich verblenden zu lassen von den Vorspiegelungen einer imaginären dänischen Propaganda fühle ein jeder die heimathliche Nationalität, wie sie ihm in den Busen gepflanzt ist, und huldige den nationalen Gefühlen, die er mit der Muttermilch eingesogen hat. Er rede seine deutsche Muttersprache und habe das Bewußtsein, dem Geiste der deutschen Nation anzugehören, ohne sich erst als Appendix von Holstein demselben incorporieren zu lassen. Die Nationalität Schleswigs, sie lebe hoch!“¹²

In den 1840er Jahren zeigte sich die Mehrzahl der politisch engagierten Flensburger nicht bereit, einer Seite im nationalen Kampf beizutreten. Ihr wichtigster Treffpunkt wurde der „Bürgerverein“, dem seit 1843/44 keine schleswig-holsteinischen Mitglieder mehr angehörten. In dem Verein verblieben die königstreuen Anhänger des Gesamtstaates, die für Schleswigs Selbständigkeit zwischen Dänemark und Holstein eintraten und ebenso an ihrer deutschen Sprache festhielten. Mit ihrem eigenen Verein und ihrer eigenen Zeitung zeigten sich die Flensburger Anhänger der schleswigschen Selbständigkeit stärker und beharrlicher als die gleichgesinnten in Nordschleswig, wo eine schleswigsche Identität eher situationsbestimmte Ausdrucksformen fand.

Schleswigisches Eigenbewußtsein und Lokalpatriotismus

Die starke Betonung einer schleswigschen Identität in Flensburg beruhte ohne Zweifel auch darauf, daß die Stadt das geographische und wirtschaftliche Zentrum des Herzogtums war - eine Stellung, die mit der Selbständigkeit Schleswigs stehen und fallen würde. Mit anderen Worten: Die Flensburger Stellungnahmen beruhten auf einer guten Portion Lokalpatriotismus.

Die Flensburger waren allerdings nicht die einzigen Lokalpatrioten. Auch in anderen Städten war man von der Vortrefflichkeit der eigenen Stadt überzeugt, und auch auf dem Lande zeigte man sich nicht ohne Selbstbewußtsein. Im Jahre 1847 erschien Ernst Reventlow-Farves und H. A. Warnstedts Buch „Beiträge zur land- und forstwirtschaftlichen Statistik der Herzogthümer Schleswig und Holstein“. Bei der Beschreibung der einzelnen Ämter in diesem Buch war die Frage nach dem Lokalpatriotismus, im Sprachgebrauch der damaligen Zeit „Collectivstolz“ genannt, ein feststehender Gesichtspunkt. So heißt es zum Beispiel über Hadersleben: „Collectivstolz einzelner Ortschaften gegen andere findet sich einzeln, namentlich bei den Bewohnern der Ostseite gegen die Bewohner des Westens und Nordens.“¹³ Was Reventlow und Warnstedt hier feststellten, entsprach ganz dem wohlbekanntem Gefühl der Überlegenheit unter den reichen Bauern im östlichen Teil des Amtes Hadersleben gegenüber ihren ärmeren und deshalb gering geschätzten Kollegen im westlichen Teil des Amtes und im Königreich.

Andere Gegenden mit ausgeprägtem Lokalpatriotismus waren das Kirchspiel Loit und das ganze Nordfriesland, insbesondere die nordfriesischen Inseln. Er war auch sehr ausgeprägt in Eiderstedt, auf Nordstrand und Pellworm sowie in Angeln und außerdem auf Fehmarn. Dies waren zugleich die Gegenden, die entweder von einer marktintegrierten bäuerlichen Wirtschaftsform stark geprägt waren oder eine weitgehende kommunale Selbstverwaltungstradition besaßen oder bei denen diese beiden Faktoren zusammenkamen. In den wirtschaftlich eher durchschnittlichen oder sogar ausgesprochen armen Gegenden mit einem nicht so weitgehend entwickelten Kommunalwesen, z. B. auf dem Mittelrücken oder in den südost-schleswigschen Gutsbezirken, fand sich demgegenüber nach Reventlow und Warnstedt kein lokalpatriotischer „Collektivstolz“.

Bezieht man diesen Lokalpatriotismus in die Überlegungen über eine besondere schleswigsche Identität mit ein, erscheinen die damaligen Vorstellungen über ein besonderes Schleswigertum eher als ein regionaler Überbau über einer Reihe mehr oder weniger stark ausgeprägter lokaler Identitäten. Jenseits dieses Überbaus war wiederum der dänisch-deutsche Gesamtstaat der nächste Identifikationsrahmen, auf jeden Fall aber der dänische König als Oberhaupt der Gesamtmonarchie.

Die Entscheidung der Schleswiger 1848-50 - und danach

Sowohl in den Kirchspielen bei Hadersleben als auch in Flensburg hatte das Schleswigertum insbesondere bei den konservativen Schichten der Bevölkerung Fuß gefaßt. Dies waren auf der einen Seite jene dänischsprechenden Bauern Nordschleswigs, die ein wirtschaftliches Interesse an der Verbindung mit dem Süden hatten, und auf der anderen Seite die deutschsprechenden Flensburger Kaufleute mit Wirtschaftsverbindungen zum Königreich und Handelsinteressen, die auf den Erhalt des Gesamtstaates zielten. Für beide erschien die Betonung einer weiterbestehenden Selbständigkeit Schleswigs als Ausweg, um sich nicht zwischen „dänischer Pest“ und „deutscher Cholera“ entscheiden zu müssen.

Mit dem schleswig-holsteinischen Aufstand¹⁴ im März 1848 in Kiel und der entsprechenden Regierungsbeteiligung der eiderdänischen Politiker in Kopenhagen gerieten die konservativen Schleswiger in eine schwierige Situation, zum Beispiel der bereits zu Beginn genannte Spitzenhändler Jens Wulff aus Brede. Er ist kaum durch ein öffentliches Auftreten, sondern durch seine überlieferten und später veröffentlichten Tagebücher bekannt geworden. Während der turbulenten Tage Anfang April 1848 notierte er: „Ebenso groß wie die Verbitterung gegen das Deutsche im Dänischen ist, soll in Holstein und dem südlichen Schleswig die Verbitterung gegen das Dänische sein; und es ist betrüblich, daß diese bei-

den Völkerschaften, die so viele Jahre in Eintracht, Frieden und Liebe miteinander gelebt haben, die gegenseitig ihren Wohlstand befördert haben, sich nun in feindlicher Haltung gegenüberstehen, woraus nur der Ruin und das Verderben des Landes erwachsen kann. Fluch den Schreibern und Rednern, die diese unselige Disharmonie hervorgebracht haben, die die Saat der Zwietracht ausgestreut haben, die nun zum Elend und Untergang des Volkes aufkeimt und die Frucht des Verderbens trägt und weitertragen wird.“¹⁵ Für Jens Wulff war also die nationale Konfrontation eine Tragödie.

Mit dieser Auffassung stand er wohl kaum allein da. Der dänischgesinnte Ständedeputierte Hans Krüger aus Beftoft schrieb jedenfalls im April 1848 an das dänische Kriegsministerium: „Es sollte nicht vergessen werden, daß Schlesiens Eigentümlichkeit insbesondere darin besteht, daß es eine Brücke zwischen zwei Nationalitäten bildet, und - infolge dessen - daß es nicht nur zwei Nationalitäten umfaßt, sondern sozusagen auch eine dritte, die eher eine nationale Farblosigkeit darstellt; mehr noch, diese nationale Farblosigkeit bildet trotz aller nationaler Erregung von beiden Seiten schließlich mehr oder weniger das Kennzeichen der Schleswiger.“¹⁶

Schließlich bewirkten aber der Aufstand und die Kriegszeit der folgenden drei Jahre eine baldige Polarisierung der Bevölkerung in Schleswig. Im Verlauf des Krieges stellten sich die Schleswiger, mehr oder weniger freiwillig, auf eine der beiden Seiten, die einen begeistert, die anderen resigniert. Es ist zu vermuten, daß viele Schleswiger sich nicht so sehr/nur deutsch oder dänisch entschieden, sondern vielmehr *gegen die* Nationalbewegung, die ihr schleswigisches Selbstständigkeitsgefühl am meisten zu bedrohen schien. Auch wenn die Historiker es später anders darstellten, war es wohl nur eine Minderheit, die aus nationaler Überzeugung bewußt Dänen oder Deutsche wurde. Die meisten wurden so etwas wie „Binde- strichschleswiger“ - entweder Dänisch-Schleswiger oder Schleswig-Holsteiner, je nachdem ob sich die Sympathien eher nach Norden oder nach Süden ausrichteten. Nach den Jahren von 1850 bis 1863 beschleunigten dann die Ereignisse von 1864 den Prozeß, den wir als die Nationalisierung Schlesiens bezeichnen können. Auf der dänischen Seite wurde nun der Teilungs- und Abstimmungsgedanke als der einzige Weg betrachtet, die dänischgesinnten Nordschleswiger mit Dänemark zu vereinen; auf deutscher Seite wich das schleswig-holsteinische Gemeinschaftsgefühl einer Identifikation mit Preußen und dem neuentstandenen Deutschen Reich. Unter den Bedingungen einer verschärften nationalen Mobilisierung der Bevölkerung durch beide Seiten seit den 1880er Jahren wurden die letzten dänischorientierten Schleswiger schließlich zu dänischen „Sønderjyder“ gemacht und die letzten Schleswig-Holsteiner wurden zu treuen Untertanen des Kaisers im wilhelminischen Deutschland.

Das Schleswigertum wurde somit in aller Stille zu Grabe getragen. Es wurde allerdings im Abstimmungskampf der Jahre 1918 bis 1920 in der Hoffnung wieder betont, daß es wie 1848 immer noch ein indifferentes Bevölkerungselement gebe, auf die das Schleswigertum anziehend wirken könnte. Auch deshalb nahmen die beiden neuen Minderheiten den Begriff „Schleswig“ in die Namen ihrer Vereine auf - „Schleswigscher Wählerverein“ und „Schleswigsche Partei“ in Nordschleswig, „Den slesvigske Forening“ in Südschleswig. Bei beiden handelte es sich jedoch um einer Art Etikettenschwindel. Nur vereinzelte Phantasten wie Cornelius Petersen glaubten nach der Teilung von 1920 noch an eine schleswigsche Sammlung. Ansonsten sollte das Schleswigertum nur als Versuch dienen, Wankelmütige in die Minderheiten zu locken, um so mit der Zeit eine Grenzverschiebung entweder in die eine oder in die andere Richtung zu erreichen. Das hat bekanntlich keinen Erfolg gehabt.

Schlußbetrachtung

Ob der Begriff Schleswig heutzutage - unter gänzlich anderen und vor allem friedlicheren Voraussetzungen - als eine gemeinsame Ideengrundlage für eine Institutionalisierung der Zusammenarbeit in der Grenzregion dienen kann, muß als zweifelhaft bezeichnet werden - jedenfalls wenn man nicht nur die gemeinsamen ökonomischen Interessen betrachtet. So läßt eine schleswigsche Identität sich in absehbarer Zukunft wohl kaum wieder herstellen.¹⁷ Die Diskussion dieses Frühjahrs nördlich der Grenze scheint in jedem Fall gezeigt zu haben, daß die Nationalisierung der Denkweisen in den vergangenen 140 Jahren sich als tiefgreifend erweist. Demgegenüber sollten wir als Historiker aber die grundsätzliche Entspannung der nationalen Gegensätze dazu nutzen, die Geschichte der Grenzregion nicht nur aus dem nationalen, sondern auch aus dem vernationalen, dem schleswigschen Blickwinkel zu betrachten.

Anmerkungen:

- 1 Vortrag, der am 12. September 1997 in Flensburg anlässlich des 50jährigen Jubiläums der Deutschen Kulturgesellschaft Flensburg gehalten wurde. Für die Übersetzung und die sprachliche Bearbeitung danke ich Frank Lubowitz, MA und der Redaktion der Grenzfriedenshefte.
- 2 Zur Euroregion-Debatte siehe vor allem die vom Sønderjyllands Amt herausgegebenen Hefte mit Zeitungsausschnitten: Artikler og indlæg skrevet om Euroregion Slesvig - Region Sønderjylland/Slesvig, I-111, Aabenraa 1997.
- 3 Bjørn Poulsen u. Inger Biehl Hansen (Hrsg.), Med egen hånd. Optegnelser fra Flads-

- ten og Ørsted 1592-1809, København 1994, S. 167, siehe auch S. 119,123,129,138, 148, 153, 162.
- 4 Peter Kr. Iversen, Kniplingskræmmer Jens Wulffs dagbog. Særtryk af Sønderjyske Årbøger 1954-55, Aabenraa 1955, s. 21.
 - 5 Lyna 24.12.1843, 27. und 31.1., 21.2., 6., 9. und 23.3., 25.5., 26.6. und 3.7.1844.
 - 6 Sønderborger Ugeblad 5.6., 3. und 31.7.1844
 - 7 LAS Abt. 22, Nr. 556, Jürgen Brag, Briefe an Christian August, Mai-Juli 1844.
 - 8 Dannevirke 24.7.1847. Hans Schultz Hansen, Den danske bevaegelse Sønderjylland ca. 1838-1850, in: Historie, Ny raskke, Bd. 18,3, 1990, S. 363f, 372f.
 - 9 Allgemein dazu: Hans Schultz Hansen, Danskheden i Sydslesvig 1840-1918, Flensburg 1990, S. 33-70.
 - 10 Claus Manicus, Schleswigs Zukunft, Flensburg 1840, S. 29.
 - 11 Schleswigsche Ständezeitung 1840, S. 570.
 - 12 Flensburger Zeitung, 28.1.1841.
 - 13 E. Reventlow-Farve und H. A. von Warnstedt, Beiträge zur land- und forstwirtschaftlichen Statistik der Herzogthümer Schleswig und Holstein, Altona 1847, S. 40. Siehe auch S. 45, 55f, 61, 65f, 72, 85f, 90, 93, 99, 113, 126f, 133, 140.
 - 14 Hier wird mit Absicht das Wort „Aufstand“ als eine wertneutrale Bezeichnung für die Ereignisse in Kiel im März 1848 benutzt, um die zeitgenössischen ideologischen Begriffe „Erhebung“ und „Aufruhr“ zu vermeiden. Vgl. Johannes Jensens Besprechung von Ulrich Lange (Hrsg.), Geschichte Schleswig-Holsteins, in: GFH 2/1997, S. 132f.
 - 15 P. Kr. Iversen (wie Anm. 4), S. 118.
 - 16 G. Japsen, Betragtninger over den danske bevægelse i Nordslesvig. Sønderjyske Årbøger 1973, S. 68.
 - 17 Jedenfalls ist es mit der doppelsprachigen Zeitschrift „Slesvigland“, die in Südschleswig an jeden Haushalt verteilt wird, nicht gelungen und vielleicht auch nicht mehr beabsichtigt.

Das Lehrerinnenseminar in Augustenburg 1878-1920*

von ANNEGRET BRUHN

Nachdem die Herzogtümer Schleswig und Holstein im Januar 1867 mit der preußischen Monarchie verbunden worden waren, kam es auch zu Veränderungen der Schulverwaltung sowie der Lehrerbildung. Regierungs- und Schulrat Karl Friedrich Theodor Schneider, der für die Lehrerseminare zuständig war, hatte darüber hinaus großes Interesse an der Lehrerinnenbildung. Nicht nur das private Mädchenschulwesen wurde im Laufe des 19. Jahrhunderts zunehmend ausgebaut, sondern auch innerhalb des städtischen Schulwesens entstanden durch Reformmaßnahmen weitere Mädchenschulen. Damit verbunden war ein wachsender Bedarf an weiblichen Lehrkräften, in der Provinz Schleswig-Holstein gab es aber keine öffentliche Einrichtung zur Ausbildung von Lehrerinnen; es bestand hier noch nicht einmal die Möglichkeit, eine Lehrerinnenprüfung abzulegen. Schneider bemühte sich jedoch im Herbst 1868 mit Erfolg um die Einführung einer solchen Prüfung. So konnte im Oktober 1869 erstmals eine Lehrerinnenprüfung in Schleswig durchgeführt werden. Die Vorbereitung auf dieses sogenannte Kommissions-Examen verlief eigenständig auf privatem Wege. - Auch im Königreich Dänemark konnten am Lehrberuf interessierte Frauen seit 1859 nach einer Ausbildung in Privatinstitutionen vor einer Kommission ein Examen ablegen, das zum Unterrichten in öffentlichen Schulen berechtigte. Das erste staatliche „forskole- seminarium“ wurde 1893 in Vejle gegründet. Im Königreich Preußen gab es Anfang der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts nur fünf staatliche bzw. überwiegend staatlich geförderte Ausbildungsstätten für Lehrerinnen. Mit dem steigenden Bedarf an Volksschullehrerinnen trat die Notwendigkeit immer dringlicher hervor, weitere staatliche Lehrerinnenseminare zu gründen. Deshalb wandte sich die preußische Regierung intensiver der Ausbildung von Lehrerinnen zu. Auch das schleswig-holsteinische Volksschulwesen war mehr und mehr auf deren Mitarbeit angewiesen. Als Oberpräsident Carl Freiherr von Scheel-Plessen 1872 einen Antrag zur Errichtung eines Lehrerinnenseminars in Schleswig-Holstein stellte, stimmte die preußische Regierung

* Durchgesehene Fassung eines Beitrages, der (in dänischer Übersetzung) zuvor in *Sønderjysk Månedsskrift* 11/1996, S. 281-286 erschien. Dort (S. 287-292) wurden auch die nachfolgenden Erinnerungen von Mette Kathrine Andersen an das Lehrerinnenseminar auf Schloß Augustenburg publiziert, die Dieter Brandt für die *Grenzfriedenshefte* ins Deutsche übertragen hat.

allerdings nur widerstrebend zu, da sie die damit verbundenen hohen Kosten fürchtete. Nach den Vorstellungen des Finanzministeriums sollte sogar nur vorübergehend bis zur Behebung des allgemeinen Lehrermangels ein Lehrerinnenseminar in Schleswig-Holstein eingerichtet werden. Völlig unklar blieb dabei allerdings, wie ein solches Provisorium aussehen sollte.

Gleichwohl bewarben sich mehrere Städte als Seminarorte, die aus Berliner Sicht allerdings alle ungeeignet schienen. Als endlich der Vorschlag, in der Stadt Schleswig ein staatliches Lehrerinnenseminar zu errichten, Zustimmung fand, eröffnete sich die Möglichkeit, auf Alsen im Schloß Augustenburg ein Seminar einzurichten. Daraufhin wurden die Schleswiger Pläne aufgegeben. Das auf der Insel Alsen gelegene Schloß hatte seit seiner Erbauung in den Jahren 1770-76 den Herzogen von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg als Residenz gedient. 1867 war es in den Besitz des preußischen Staates übergegangen und anschließend als Kaserne genutzt worden. Durch die Verlegung des dort stationierten Regiments nach Flensburg standen die Gebäude nun zur Disposition.

Für die Einrichtung eines Lehrerinnenseminars auf Alsen sprachen nicht nur die schöne Landschaft, sondern auch politische Gründe. Große Teile der Bevölkerung der Insel waren dänisch geprägt. Der Gedanke, ein preußisches Lehrerinnenseminar in dem überwiegend dänischsprachigen Gebiet einzurichten, setzte sich schließlich durch. Die nationalen Gesichtspunkte bestimmten damit letztlich die Wahl des Seminarortes. Obwohl umfangreiche Renovierungsarbeiten durchzuführen waren, konnte bereits am 30. Mai 1878 das Königliche evangelische Volksschullehrerinnenseminar im Schloß Augustenburg feierlich eröffnet werden.

Bei der Einweihungsfeier hielt Regierungs- und Schulrat Schneider die Festrede. Er betonte, daß Lehrerinnen für die Schule der Gegenwart unentbehrlich seien. Von der Öffentlichkeit würden sie allerdings besonders aufmerksam beobachtet. Hinzu kam, daß - im Gegensatz zu den katholischen Provinzen - Lehrerinnen in evangelischen Kreisen bisher weniger Anerkennung gefunden hatten. Insofern wurde der Gründung des Augustenburger Seminars als ersten staatlichen Volksschullehrerinnenseminars in Schleswig-Holstein große Aufmerksamkeit entgegengebracht.

Das Seminar nahm seine Arbeit am 1. Juni 1878 mit drei Lehrkräften und insgesamt 23 Seminaristinnen auf, die in zwei Klassen aufgeteilt waren. Am 1. Mai 1879 umfaßte die Anstalt drei Klassen mit nunmehr 60 Schülerinnen. Im Jahre 1893 hatte sich die Zahl der Seminaristinnen bereits auf 75 erhöht, im weiteren Verlauf besuchten ungefähr 90 Absolventinnen das Seminar. Die Anstalt wurde - wie auch das 1875 in Uetersen gegründete Lehrerseminar - als Internat geführt. Das Lehrerkollegium bestand in den ersten Jahren aus drei Personen. Der

erste Seminardirektor war Karl Friedrich Richter, geboren 1821 in Herzburg in Sachsen. Er war seit 1871 Seminardirektor in Tondern und hatte dieses Amt nun in Augustenburg bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1888 inne. Mit ihm traten die beiden Lehrerinnen Helene Vater und Emilie Johanna Nielsen in den Seminar-

dienst ein. Während Helene Vater aus Berlin stammte, war Emilie Nielsen Schleswig-Holsteinerin. Sie hatte sich privat vorgebildet und das Kommissions-Examen in Schleswig abgelegt; auch ihre erste berufliche Tätigkeit hatte sie in Schleswig-Holstein ausgeübt. Sie stand den Seminaristinnen in ihrem langen Berufsleben persönlich sehr nahe und genoß das Vertrauen der jungen Mädchen.

Schon bei der Gründung des Lehrerinnenseminars in Augustenburg war der Wunsch entstanden, eine Präparandinnenanstalt zur Vorbereitung auf den Seminarbesuch einzurichten. Dabei hatte man insbesondere an dänisch sprechende Aspirantinnen gedacht. Der Plan kam jedoch erst 1902 zur Ausführung, nachdem 1901 neue Lehrpläne erlassen worden waren, die eine einheitlichere Vorbildung auf höherem Niveau notwendig machten. Eine ehemalige Augustenburgerin - wie man die Absolventinnen des Seminars allgemein nannte -, Marga Lange aus Flensburg, wurde als Lehrerin an der Präparandinnenanstalt verpflichtet, und auch das Lehrerkollegium des Seminars übernahm dort weitere Unterrichtsstunden. Obwohl diese Vorbereitungsanstalt großen Zulauf fand, wurden weiterhin auch Schülerinnen in das Seminar aufgenommen, die anderweitig vorgebildet waren. Zu ihnen gehörte Brigitte Adolphsen, die das Augustenburger Seminar von 1902 bis 1905 besuchte. Sie beschreibt die aufregenden Tage der Aufnahmeprüfung: Viele junge Mädchen waren in Begleitung ihrer Mütter mit dem Zuge nach Augustenburg gereist. Hier gab es zwei kleine Hotels, die zur Zeit der Aufnahmeprüfung völlig überfüllt waren. Die Wirte kannten diese Tage aus langjähriger Erfahrung und sprachen ihren Gästen tröstend Mut zu. Trotzdem lernten viele noch bis weit in die Nacht hinein. Am nächsten Morgen ging es dann eilig durch die Allee zum Schloß. Die folgenden Tage waren angefüllt mit mündlichen und schriftlichen Prüfungen. Am letzten Tag versammelten sich abends alle in der Aula, wo Seminardirektor Kannegießer die Namen der 30 Aufgenommenen verlas. Hierzu gehörte 1902 auch Brigitte Adolphsen. Sie konnte Ende April in das Seminar einziehen und mit ihrer dreijährigen Ausbildung beginnen.

Das Augustenburger Schloß nahm die Unterrichtsräume, die Aula, die Dienstzimmer des Seminardirektors und des Seminarkollegiums sowie Eßsaal und Küche auf. Im Hauptflügel lagen auch die Wohnstuben und Schlafräume der Seminaristinnen. Die Übungsschule, die von den Kindern des Fleckens Augusten-

burg besucht wurde und den Lehrseminaristinnen zu Unterrichtsübungen zur Verfügung stand, wurde nach der Jahrhundertwende im Südflügel untergebracht. Hier befanden sich auch Wohnungen des Seminarcollegiums. Die im Nordflügel gelegene Schloßkirche wurde von den Seminarangehörigen zu den Gottesdiensten besucht. Im Laufe der Jahre wurden auch die langgestreckten Nebengebäude an beiden Seiten des Schloßhofes in den Seminarbereich einbezogen, da weitere Räume für Unterrichtszwecke und für die Unterbringung der Schülerinnen erforderlich wurden. 1910 wurden dort die dreiklassige Präparandinnenanstalt, der Turnsaal und drei Lehrerwohnungen eingerichtet.

Jede Seminaristin brachte beim Einzug in das Seminar eine Kommode für ihre persönliche Habe mit. In den Wohn- und Arbeitsstuben im ersten Stock - die Schlafräume befanden sich einen Stock höher und boten den schönsten Ausblick auf den Park und das Wasser - standen die Kommoden neben den Spinden und den großen Arbeitstischen. Die Seminarordnung war streng und regelte den gesamten Tagesablauf. Auch der „preußische Geist“ war in der Anstalt spürbar. In den Treppenhäusern und Korridoren waren überall Sinnsprüche wie „Gehorchet euren Lehrern und folget ihnen!“ oder „Wer sich nicht nach der Decke streckt, dem bleiben die Füße unbedeckt“ aber auch „Glaube und Liebe sind die Grundkräfte aller Erziehung“ angebracht.

Der Tagesablauf im Seminar sah folgendermaßen aus: Morgens wurden die Seminaristinnen um halb sechs von der Glocke geweckt, eine Stunde später ertönte die Glocke wieder und rief zum Frühstück. Um 6.55 Uhr ging es zur gemeinsamen Andacht in die Aula. Danach begann um 7.00 Uhr der Seminarunterricht, der alle Unterrichtsgebiete des Volksschulunterrichts berücksichtigte. Um 12.00 gab es Mittagessen, und von 13.00 bis 17.00 Uhr wurde weiter unterrichtet. Der Nachmittagsunterricht wurde nur von einer kurzen Vesperpause unterbrochen. Die Zeit von 17.30 bis 19.00 Uhr sollte der Vorbereitung auf den nächsten Tag dienen. Von 19.00 bis 20.00 Uhr gab es Abendessen, und noch immer war keine freie Zeit zur Entspannung vorgesehen, sondern bis 21.00 Uhr sollten noch Unterrichtsvorbereitungen getroffen werden. Um 21.00 Uhr wurde der Tag dann mit einer gemeinsamen Andacht in der Aula beschlossen. Trotz der strengen Seminar- und Unterrichtsordnung waren am Nachmittag - abhängig vom Wetter und vom Stundenplan - Erholungsspaziergänge im Park vorgesehen. Aber auch hier war alles genau festgelegt: die Klassen III und II spazierten klassenweise unter Aufsicht einer Lehrkraft durch den Park, und nur die Seminaristinnen der I. Klasse, also der Abgangsklasse, durften zu zweit spaziergehen. Insofern verwundert es nicht, daß Brigitte Adolphsen das Leben im „Kloster Augustenburg“ als spartanisch und preußisch-streng empfand. Natürlich mußte das Zusammenleben von etwa 90 Seminaristinnen geregelt ablaufen, aber die

Arbeitsbelastung war doch sehr hoch und die Freizeit gar zu karg bemessen!

Katharina Petersen, die selbst von Ostern 1907 bis 1910 das Seminar besucht hatte und seit August 1910 bis Ostern 1916 als Präparandenlehrerin in Augustenburg tätig war, stellte 1920 rückblickend fest, daß dort mit viel Erfolg von Jahr zu Jahr versucht worden war, den „alten Geist der Zucht mit dem neuen Geist der Freiheit zu verschmelzen“. Im Laufe der Jahre hatten Gardinen, Blumen und Bilder die Wohnzimmer gemütlicher gemacht. Alle Wohnstuben waren individuell ausgestaltet und freundliche Lese- und Erholungszimmer eingerichtet worden. Neben dem Unterricht wurden die Seminaristinnen auch durch die schönen Feste, die man in Augustenburg zu feiern verstand, geprägt. Hierzu gehörten die Bergfeste in der Mitte der Ausbildungszeit sowie die Abschiedsfeiern, Theateraufführungen und Konzerte, Wander- und Klassenreisen. Am schönsten waren jedoch die Advents- und Weihnachtsfeiern. Als weiteres erzieherisches Element kamen die „vaterländischen Feiern“ hinzu, die am Geburtstag des Kaisers und natürlich der Kaiserin Auguste Viktoria - die enge familiäre Beziehungen nach Augustenburg hatte, sie war eine Tochter Herzog Friedrichs VIII. von Schleswig-Holstein- Sonderburg-Augustenburg - begangen wurden.

Bedenkt man die anfängliche Skepsis, die der Gründung eines Lehrerinnenseminars in Schleswig-Holstein entgegengebracht worden war, fiel die Bilanz anlässlich des 25jährigen Bestehens der Anstalt im Jahre 1903 um so positiver aus. Bei den Feierlichkeiten wurde von Provinzialschulrat Löwer hervorgehoben, daß das Jubiläum in Augustenburg eine besondere Bedeutung habe, weil es zugleich das Jubelfest eines neuen Gedankens sei. Die in Augustenburg in über 25 Jahren geleistete Arbeit habe zu der Erkenntnis beigetragen, daß weibliche Kräfte in ihrer Art der heranwachsenden Jugend von demselben Segen sein können wie männliche. Die Augustenburgerinnen waren in der ganzen Provinz sehr angesehen und wurden von den Schulräten bei Stellenbesetzungen öffentlich bevorzugt. Das Augustenburger Seminar hat zu der zunehmend positiven Beurteilung der Lehrerinnenbildung sehr viel beigetragen. Die Bedenken, die zunächst gegen den Einsatz von Lehrerinnen im öffentlichen Schuldienst erhoben worden waren, waren durch die erfolgreiche Arbeit im Seminar und die vorbildliche Amtsführung der in Augustenburg ausgebildeten Lehrerinnen ausgeräumt worden.

Zu diesem Ruf haben die Seminardirektorinnen in besonderer Weise beigetragen. Nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern in ganz Preußen erregte es Aufsehen, als im Jahre 1906 eine Frau als Seminardirektorin nach Augustenburg berufen wurde. War die weibliche Leitung privater Lehrerinnenseminare durchaus üblich, so war sie für staatliche Seminare jedoch ein Novum. Als Seminardi-

rektor Walter Kannegießer im Jahre 1906 nach Berlin versetzt wurde, trat Fräulein Wentscher kommissarisch seine Nachfolge an. Doch schon nach kurzer Zeit stellte sich heraus, daß sie sich dieser gewiß nicht leichten Aufgabe nicht gewachsen fühlte. Sie verließ Augustenburg. Gleichwohl entschloß sich das Kultusministerium in Berlin wieder, eine Frau mit der Seminarleitung zu betrauen. Auch die Nachfolgerin, Helene Weihmann, nahm diese Position zunächst kommissarisch ein, doch bereits im Dezember 1906 empfahl die schleswig-holsteinische Schulverwaltung dem Kultusminister, sie mit der hauptamtlichen Seminarleitung zu betrauen. Insofern war Helene Weihmann die erste Frau, die in Augustenburg den Titel „Frau Direktorin“ führte. Diese Aufgabe nahm sie bis zum Jahre 1909 wahr. Dann erfolgte ihre Versetzung nach Kroßen an der Oder, wo sie ein Lehrerinnenseminar einrichten sollte.

In Augustenburg übernahm wieder eine Frau die Seminarleitung: Margarete von Joeden. Sie war 1869 in Pommern geboren und erhielt nach einer Ausbildung zur Sprachlehrerin in Danzig und einem Germanistik- und Englischstudium in Berlin 1908 das Angebot, die Leitung des Augustenburger Seminars zu übernehmen. Um sich auf diese völlig neue Aufgabe vorzubereiten, ging sie für sechs Monate nach Burgsteinfurt in Westfalen, um Erfahrungen im dortigen Lehrerinnenseminar zu sammeln. Am 1. Juli 1909 kam sie dann als Direktorin nach Augustenburg. Provinzialschulrat Dr. Runkel bescheinigte ihr gutes Lehrgeschick. Sie erteilte einen zielbewußten, sachlichen und methodisch einwandfreien Unterricht, und sie regte ihre Schülerinnen zum Nachdenken an. Die Direktorin zog die jungen Mädchen energisch zur Mitarbeit heran und erzielte so gute Unterrichtsergebnisse. Die Amtsleitung führte sie umsichtig durch und sorgte nach Kräften für die äußere Entwicklung des Seminars. Ihre Autorität wußte Margarete von Joeden im Kollegium zu wahren, gleichwohl stand sie den einzelnen Lehrkräften freundschaftlich gegenüber. Ihre Fähigkeiten als Lehrerin und Leiterin wurden von der Schulverwaltung als gleich tüchtig eingeschätzt. Von einigen Schülerinnen wurde sie jedoch mehr gefürchtet als geliebt.

Margarete von Joeden war sicherlich darum bemüht, ihre Aufgabe im Interesse ihrer Zöglinge gewissenhaft wahrzunehmen. Sie leitete das Seminar auch in den schwierigen Zeiten des Ersten Weltkrieges verantwortlich und war nach dem Staatsumbruch und der Volksabstimmung bestrebt, die Übersiedlung des Seminars in die Stadt Schleswig möglichst reibungslos durchzuführen. Die wehmütige Stimmung aller Augustenburgerinnen wurde auf dem Abschiedsfest im Juni 1919 deutlich. Im April 1920 wurde das Seminar in Schleswig neu eröffnet. Mit dem Ende der Epoche der seminaristischen Lehrerbildung in Preußen wurde auch das ehemalige Augustenburger Lehrerinnenseminar in Schleswig 1925 geschlossen. Die gemeinsame Ausbildung von Volksschullehrern und -

lehrerinnen begann in Schleswig-Holstein 1926 mit der Eröffnung der Pädagogischen Akademie in Kiel.

Literaturhinweise

- Adolphsen, B.: Im „Kloster“ Augustenburg (1902-1905), in: Rickers, G. (Hg.):
Wie man früher in Schleswig-Holstein Lehrer wurde, Kiel 1984
- Bruhn, A.: Die Präparanden. Lehrerbildung in Schleswig-Holstein 1867-1918,
Köln. Weimar, Wien 1995 (Studien und Dokumentationen zur deutschen Bildungsgeschichte Bd. 59)
- Bruhn, A.: Schule und Lehrerbildung (Bildband), Neumünster: Wachholtz
Verlag 1997
- Hanf, M.: Hofknicks und Wandertiefel. Flensburger Lehrerinnen erzählen von
ihrer Ausbildung (1900-1933), hg. v. Institut für Regionale Forschung
und Information, Flensburg 1993
- Kannegießer, W.: Das Königliche evangelische Lehrerinnen-Seminar Augustenburg,
Schleswig 1903
- Kardel, H.: Geschichte des Augustenburger Lehrerinnen-Seminars 1878-1925,
Apenrade 1966 (Schriften der heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft
für Nordschleswig, H. 14)
- Petersen, K.: Das Augustenburger Lehrerinnenseminar, in: Die Heimat, Heft
1, 1920
- Wischmann, A.: Zwischen den Zeiten. Lehrerinnen im dänisch-deutschen
Grenzland 1900-1940, hg. v. Institut für Regionale Forschung
und Information im Deutschen Grenzverein, Flensburg 1994

Als dänisches Mädchen am Lehrerinnenseminar in Augustenburg

von METTE KATHRINE ANDERSEN

Die Lehrerin Mette Kathrine Andersen, 1894 in Klautoft in der Gemeinde Hellewatt geboren, erzählt hier von ihrer Zeit als dänisch gesinnte Seminaristin des Lehrerinnenseminars auf Schloß Augustenburg. Die Erinnerungen an das Lehrerinnenseminar sind ein Teil ihrer gesammelten Erinnerungen, die im Museum des Sonderburger Schlosses bewahrt werden.

Als ich mich dem Konfirmationsalter näherte, war es mein großer Wunsch, mich zum Lehrerinnenberuf auszubilden. Vater war sehr dagegen, es bedeutete ja, daß ich deutsch zu sein hatte oder mir doch jedenfalls den Anschein geben mußte. Ich hielt jedoch beharrlich an meinem Wunsch fest, und Vater gab nach. Ich kam an das Lehrerinnenseminar in Augustenburg. Die Ausbildung war ursprünglich fünfjährig, aber wurde gerade 1910 sechsjährig mit einer dreijährigen Präparanden- sowie einer dreijährigen Seminausbildung. Der gesamte Unterricht fand auf dem Schloß statt, die ersten drei Jahre in einem Seitengebäude, das wohl einmal als Stall gedient hatte. Die letzten drei Jahre wurde man auf dem Schloß selbst unterrichtet und wohnte dort auch, wohingegen man in den ersten drei Jahren in einer Pension „Sprengelsburg“ wohnte, deren Wirtin Fräulein Sprengel hieß. Die Hausordnung war jedoch an beiden Orten identisch. Sie war völlig nach preußischem, eher noch deutsch-militaristischem Muster geformt.

Der ganze Tag war auf die Minute eingeteilt. Wir hatten eine Stunde in der Woche für uns selbst (Besorgungszeit). Sie war eigentlich dafür vorgesehen, die Sachen zu kaufen, die wir im Laufe der Woche brauchten, wurde aber meistens dazu benutzt, in die Konditorei zu gehen. Darüber hinaus durften wir nirgendwo ohne Erlaubnis hingehen. Wir waren natürlich auch nicht besser. Wer hatte keine Lust, hineinzugehen und ein Stück Schokolade zu kaufen? Aber dann mußte Wache gehalten werden für den Fall, daß eine Lehrerin in Sicht war. Es kam vor, daß man auf der Rückseite des Geschäfts hinausgelassen wurde. Es gab eine Unzahl von Verboten, aber es war spannend, ob man sie umgehen konnte, ohne entdeckt zu werden. Wie lustig war es, eine Zigarette auf einem stinkenden WC zu rauchen, nur weil es gefährlich war! Es hätte einen schwerwiegenden Verweis zur Folge gehabt. Es war gefährlich, einen Blick zur Seite zu werfen, wo sich ein junger Mann befand, obwohl die eine oder andere ein biß-

chen für einen jungen Mann mit roter Mütze schwärmte, d.h. einen, der in die älteste Gymnasialklasse ging. Einige von uns hatten Vertrauensposten wie die „Spaziermutter“, die dafür verantwortlich war, daß der tägliche Spaziergang (eine Stunde) geschlossen, in Ruhe und Ordnung und mit Hut und Handschuhen durchgeführt wurde. Natürlich waren wir noch nicht lange aus der Stadt heraus, ehe wir uns dieser Kleidungsstücke entledigten, aber wir zogen sie uns schnell wieder an, wenn Gefahr (d.h. eine Lehrerin) im Verzug war. Es gab ebenfalls eine „Schlafstubenmutter“, die die Verantwortung für den Schlafsaal hatte, eine „Arbeitsmutter“, die für Ruhe und Ordnung in den zwei Stunden sorgen sollte, in denen man arbeiten mußte und absolut nicht geredet werden durfte. War man mit den Hausaufgaben nicht fertig geworden, griff man unter der Decke zu einer Taschenlampe. Das Licht mußte natürlich pünktlich ausgemacht werden.

Wenn ich an meine Zeit in Augustenburg denke, muß ich mich manchmal schämen. Ich war jung, ließ mich hin und wieder von meinen Kameradinnen anstecken und war nahe daran, mich als Deutsche zu fühlen. Aber ich war Dänin, und das mußte verborgen werden. Nichtsdestoweniger geschah es eines Tages, daß eine Lehrerin, Fräulein Tagholm, mich zu sich rief und fragte, ob es richtig sei, daß wir Dänisch in meinem Elternhause sprächen. Das konnte ich nicht leugnen. Sie befahl mir nun, Deutsch zu sprechen, wenn ich in den Ferien nach Hause kam. Ich antwortete, daß meine Eltern nicht Deutsch sprechen konnten, aber natürlich nicht, daß sie es auch nicht wollten.

Wollte man an einem Sonntagnachmittag jemanden in der Stadt besuchen (vormittags war Kirchgang Pflicht), mußte bei Fräulein Sprengel Erlaubnis eingeholt werden. Wir nannten sie übrigens den „Drachen“. Es war nicht ratsam, sich mit ihr zu Überwerfen. Dadurch wurde bekannt, daß ich gelegentlich eine dänische Familie, den Missionar Knudsen, besuchte. Frau Knudsen hatte eine Nähstube und nähte u.a. Turnanzüge für das Seminar; aber nach Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 wurde ihr die Arbeit wegen ihrer dänischen Gesinnung weggenommen.

Der größte Festtag war Kaiser Wilhelms Geburtstag am 27. Januar. Wir versammelten uns morgens in weißen Kleidern zu einer Festveranstaltung in der Aula, dem früheren Rittersaal des Schlosses. Dann hatten wir frei. Abends trafen wir uns wieder in der Aula, um zu tanzen, natürlich ohne Männer. Der zweitgrößte Festtag war Fräulein Sprengels Geburtstag. Die tägliche Kost war etwas spartanisch, aber an diesem Tag gab es ein besonderes Essen.

Wollte man jemanden außerhalb der Stadt besuchen, z.B. am Sonnabend oder Sonntag, mußte Erlaubnis bei der Leiterin des Seminars, Frau Direktorin von Joeden, eingeholt werden, einer sehr gebieterischen Dame, deren Augen Blitze

sprühen konnten. Ihr Büro hatte Doppeltüren, und man konnte nicht wissen, ob sie das Klopfen gehört oder geantwortet hatte. Öffnete man zu früh, war es falsch. Hatte sie geantwortet und man kam nicht sofort herein, war es ebenfalls verkehrt. Kam man dann hinein, folgte eine ganze Zeremonie. Hatte man die Tür nicht richtig hinter sich geschlossen, hieß es: „Machen Sie bitte erst die Tür zu, ehe Sie zu mir reden.“ Danach führte man den Hofknicks aus, d.h. das linke Bein schräg nach hinten, das rechte Bein in einem Bogen nach rechts und nach hinten, tief in die Knie und den Oberkörper nach vorne gebeugt (das lernten wir in der Turnstunde). Anschließend stand man aufrecht und trug sein Anliegen vor, wenn sie dann nicht zuerst etwas zu kritisieren hatte, die Haltung, die Frisur u.ä. Hatte man einen Lehrer nicht achtungsvoll genug auf der Straße begrüßt, wurde man in der nächsten Turnstunde nach vorne gerufen, um es zu lernen.

Am 18. April 1914 feierten die Deutschen mit Pomp und Pracht den fünfzigsten Jahrestag [der Erstürmung der Düppeler Schanzen im Jahre 1864] auf der Düppeler Anhöhe. Wir vom Seminar waren gezwungen, daran teilzunehmen. Am Vorabend hatten wir die Kleidung vorzuzeigen, die wir tragen sollten, denn sie mußte fein sein. Es war übrigens nichts Neues, daß der „Drachen“ inspizierte. Dies geschah tatsächlich den ganzen Tag lang vom morgendlichen Klingeln der Uhr, bis wir zu Bett gingen; ob die Schuhe geputzt waren, ob Ordnung im Bücherschrank, im Nähkasten oder in der Kommodenschublade herrschte. Wehe derjenigen, die etwas Eßbares hatte (jedoch mit Ausnahme von Obst). War man erst im Schloß eingezogen, war es erlaubt, die Kost durch etwas Essen von zu Hause zu ergänzen. Zu diesem Zweck hatte jede einen kleinen Schrank.

Aber nun zurück zum Düppeltag: Bei dem Fest waren einzelne alte Veteranen des Jahres 1864 anwesend. Ich erinnere mich an einen Grafen Hesela mit einer Menge Orden, der stark gefeiert wurde. Ich werde nie einen der Hauptredner vergessen, der u.a. äußerte: „Das Land, das uns so viel Blut gekostet hat, soll uns nie wieder verlorengehen.“ Am 1. August erklärte Deutschland Rußland den Krieg, und dann rollte die Lawine. Mehr und mehr Länder wurden hineingezogen. Wir kamen nach den Sommerferien zurück nach Augustenburg, aber wurden kurz danach wieder nach Hause geschickt, weil man damit rechnete, daß auch Dänemark in den Krieg verwickelt werden würde. Wir wurden jedoch binnen kurzem wieder zurückgerufen und der Unterricht wiederaufgenommen.

Wie bekannt, gewann Deutschland zu Beginn des Krieges einige große Siege in Rußland (mein Bruder, der Soldat nahe der russischen Grenze war, war dabei). Nach einem dieser Siege sollte im Lehrerinnenseminar gefeiert werden. Wir wurden zusammengerufen und in einer Reihe auf dem Schloßplatz aufgestellt und bekamen schwarzweiße Schleifen angeheftet und sollten dann singend durch die Straßen Augustenburgs marschieren: „Deutschland, Deutschland über

alles.“ Das alles empfand ich als unendlich belastend. Wie hätte ich Lust gehabt, die Schleifen abzureißen und ehrlich zu bekennen, daß ich Dänin war. Die dänischen Nordschleswiger hatten nie das Unrecht vergessen, das ihnen 1864 widerfahren war, und daß das Versprechen einer Abstimmung nie erfüllt worden war. Die dänischen Nordschleswiger wurden von einigen Deutschen als Landesverräter bezeichnet. Kurz nach Ausbruch des Krieges wurden einige der führenden dänischen Männer verhaftet und saßen eine Zeitlang eingesperrt im Sonderburger Schloß, das damals eine deutsche Kaserne war. Meine Kameradinnen und Lehrerinnen hatten ihren Spaß daran. Das geschah diesen „Landesverrättern“ ganz recht. Eines Nachmittags kam eine Lehrerin in unser Arbeitszimmer und unterhielt sich mit den Studentinnen über dieses Ereignis. Ich war mir darüber im klaren, daß ich nun aufpassen mußte. Ich tat so, als ob ich mit meiner Arbeit beschäftigt wäre, und verhielt mich ruhig, aber konnte es nicht. Die Lehrerin kam zu mir und bemerkte, daß es mir keinen Spaß machte, ob ich auch dänisch wäre. Ich antwortete mit „nein“, hätte aber ebenso gut „ja“ sagen können.

Kurz danach stand in meinem Zeugnisbuch, daß man mir den Rat gegeben habe, das Seminar zu verlassen, ohne daß sich an meinen Noten etwas geändert hatte. Ich verständigte meine Eltern und wußte ganz sicher, daß mein Vater schnellstmöglich kommen würde, und irrte mich nicht. Nach einem Gespräch mit der Frau Direktorin sagte Vater:

„Dies ist nicht deine Schuld, mein Mädchen, es ist meine.“

Ich hatte da ungefähr 4 1/2 Jahre studiert und also noch 1 1/2 Jahre meiner Ausbildung übrig. Ich packte meine Sachen, und wir reisten nach Hause. Kurz zuvor traf ich Fräulein Tagholm auf dem Flur. Sie blieb stehen und wollte sich von mir verabschieden, aber ich stand mit den Händen auf dem Rücken. Sie hatte mich immer mit einer Art Ironie behandelt, für die ich sie in diesem Augenblick haßte. Nun schmeichelte sie mir und sagte, daß es mir mit der Energie, die ich besaß, später im Leben schon gut gehen würde und ob ich ihr dann schreiben wolle. Ich ballte die Hände hinter dem Rücken und antwortete, daß ich das bestimmt nicht täte. Ich habe es später trotzdem gemacht.

Vater reiste beinahe umgehend nach Kopenhagen. Wie ich deshalb Vater, der ein ganz gewöhnlicher Bauer war, bewundere! Er kam mit der Erlaubnis des Ministeriums nach Hause, daß ich als Externe an einem dänischen Seminar studieren durfte, um später dänische Lehrerin zu werden. Vater veranlaßte auch, daß mein Zeugnisbuch, das halbjährlich geführt wurde und mit dieser folgenschweren Bemerkung endete, einer höheren Instanz in Kiel übersandt wurde. Ich erhielt es ohne Kommentar zurück.

Von Kopenhagen reiste Vater nach Haslev und vereinbarte mit dem Leiter, daß

ich sofort in dem dortigen Seminar anfangen konnte. Ich sollte es in der zweiten Klasse versuchen, so daß ich meine Prüfung eventuell in 1 1/2 Jahren machen könnte. Dann hätten die Deutschen nichts zu triumphieren, was meinem Vater unendlich viel bedeutete, aber mir natürlich am meisten.

Eine Woche nachdem ich Augustenburg verlassen hatte, zog ich nordwärts. Da sagte Vater: „Sei nicht traurig, nach Norden zu reisen, der Tag wird schon kommen, an dem du nach Hause kommen und Lehrerin werden kannst.“ So sicher waren sich Vater und viele andere mit ihm, daß Nordschleswig wieder dänisch werden würde, wenn der Krieg vorbei war.

Der Übergang vom deutschen Militarismus zur Freiheit in Dänemark läßt sich nicht beschreiben. Allerdings kam es mir manchmal so vor, als ob es mit der Disziplin etwas haperte. Ich fand es beinahe absurd, daß man nicht aufstehen mußte, wenn man in der Klasse drankam oder der Lehrer eine Frage stellte. Natürlich bedeutete der Übergang von Deutsch zu Dänisch unendliche Mühe. Die Sprache meines Elternhauses war Nordschleswigsch, aber die Schulsprache Deutsch. Oftmals fiel es mir schwer zu verstehen, was in den dänischen Lehrbüchern stand, z.B. in Physik und Mathematik, oder was in der Klasse durchgenommen wurde, ganz zu schweigen davon, Aufsätze auf dänisch schreiben zu müssen. Aber ich konnte über mich selbst und meine Zeit verfügen. Keiner hinderte mich daran, um vier Uhr morgens aufzustehen, wenn es mir mate, und ich arbeitete morgens am besten. Es wurde eine glückliche Zeit. Bereits im Frühjahr des Jahres 1915 sollte ich mich zum ersten Teil des Exams anmelden: Rechnen, Mathematik, Physik, dänische Grammatik und Analyse. Es ging, und ich konnte weitermachen mit der Arbeit für den letzten Teil. Ich bin meinen Kameraden und Lehrern sehr dankbar für die Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft, die sie mir erwiesen und die im hohen Maße dazu beitrugen, daß es eine glückliche Zeit wurde.

Obwohl es Reise- und Paprobleme gab, kamen meine Eltern zur Abschlufeier nach Haslev. Ich sagte etwas darüber zu meinem Vater, aber er antwortete: „Wir hatten kaum geglaubt, daß du es schaffen würdest, und deshalb solltest du nicht allein sein.“ Auch deshalb bewundere ich meinen Vater! Als sie kamen, war ich gerade in meinem letzten Fach geprüft worden.

An einem meiner ersten Tage in Haslev hatte ich ein Erlebnis, das- ich nicht vergessen werde. Wir kamen zur Pause heraus, als der Hausmeister gerade dabei war, die Flagge zu hissen. Ich lief über den Rasen und bat, ob ich dürfte. Zum ersten Mal in meinem Leben hite ich die dänische Flagge. Ich glaube kaum, daß jemand von meinen Kameraden, die zusahen, verstand, was mich bewegte.

Übersetzung: Dieter Brandt

Vereinbarung zur Errichtung der Region Schleswig/Sønderjylland

Diese Vereinbarung ist zwischen

der Kreisfreien Stadt Flensburg, dem Kreis Nordfriesland, dem Kreis Schleswig-Flensburg – auf der deutschen Seite – sowie

Sønderjyllands Amt – auf dänischer Seite,

nach Beschlußfassung durch die jeweiligen politischen Vertretungen (Flensburger Ratsversammlung, Kreistage Nordfriesland und Schleswig-Flensburg und Sønderjyllands Amtsråd),

am **16.9.97** getroffen.

Im Folgenden werden die Kreisfreie Stadt Flensburg, der Kreis Nordfriesland, der Kreis Schleswig-Flensburg und Sønderjyllands Amt als Parteien der Vereinbarung bezeichnet.

Präambel

Die Parteien bilden eine europäische Region, die die Grundlage für eine intensive und langfristige Zusammenarbeit zu dem Zweck bildet, die Entwicklung in der gemeinsamen Grenzregion zu fördern sowie die Region im europäischen Beziehungsrahmen und im Verhältnis zu den angrenzenden Regionen zu stärken. Die Vereinbarung wird getroffen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Achtung vor der besonderen kulturellen Eigenart und Selbständigkeit jeder Seite als Grundsätze für die Zusammenarbeit. Hieraus folgt, daß Beschlüsse in der Organisation in grundsätzlicher Übereinstimmung gefaßt werden.

Die Europäische Charta der Grenz- und grenzübergreifenden Regionen, welche von der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen am 1. Dezember 1995 beschlossen wurde, bildet die gedankliche Grundlage für Zusammenarbeit und Entwicklung in der Region.

§ 1 Name – Sitz

Die europäische Region umfaßt das Gebiet der Kreisfreien Stadt Flensburg, des Kreises Nordfriesland, des Kreises Schleswig-Flensburg und von Sønderjyllands

Amt. Sie erhält die Bezeichnung *Region Schleswig/Sønderjylland*. Die Region hat ihren Sitz dort, wo entsprechend der Entscheidung der Parteien das Sekretariat der Organisation untergebracht wird.

§ 2 Ziele und Mittel

- 1) Ziel der Zusammenarbeit in der Region ist es, gemeinsame Aktivitäten zu verwirklichen, die die Entwicklung in der Region fördern und gleichzeitig nähere Kontakte zwischen der Bevölkerung, der Wirtschaft und den Verbänden auf beiden Seiten der Grenze herstellen, sowie im übrigen die Zusammenarbeit über die Grenze zu intensivieren. Die Region wird im europäischen Beziehungsrahmen als Einheit auftreten.
- 2) Mittel zur Erreichung dieses Zieles sind insbesondere:
 - a) Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung, einschl. der Chancengleichheit der Geschlechter, insbesondere durch gemeinsame Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, der Bildung und Ausbildung und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Region;
 - b) Förderung der wirtschaftspolitischen und arbeitsmarktpolitischen Zusammenarbeit über die Grenze hinweg, Austausch von Wissen – auch auf technologischem Gebiet – und die Einrichtung von Informationssystemen mit Daten aus der ganzen Region;
 - c) Förderung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kultur;
 - d) Zusammenarbeit durch Kontakt und Austausch zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, z.B. auf den Gebieten von Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Sport und Jugend, in einer Art und Weise, die in besonderem Maße das gegenseitige Verständnis und das Wissen voneinander fördert;
 - e) Förderung der Kenntnis der Sprache auf der anderen Seite der Grenze mit dem Ziel, daß jeder seine eigene Sprache anwenden kann und verstanden wird;
 - f) Erhaltung und Verbesserung der Umwelt;
 - g) Förderung der Entwicklung in den ländlichen Räumen;
 - h) Ausbau und Anpassung der Infrastruktur an die besonderen Bedürfnisse des Grenz- und Regionalverkehrs
 - i) Entwicklung einer abgestimmten grenzüberschreitenden Raumplanung;
 - j) Zusammenarbeit im Küstenschutz, beim Rettungswesen sowie bei der Bekämpfung von Brand und den Folgen schwerer Katastrophenlagen;
 - k) Beseitigung von Hindernissen und Barrieren in der Zusammenarbeit sowie Beiträge zur Lösung der besonderen Probleme der Grenzpendler;
 - l) Förderung der Idee der europäischen Zusammenarbeit und der internationalen Verständigung.

§ 3 Rechte und Pflichten

- 1) Initiativen und Projekte mit grenzüberschreitender Reichweite beschließen die Parteien in grundsätzlicher Übereinstimmung. Dies gilt auch für die Anwendung der Bezeichnung „Region Schleswig/Sønderjylland“ in Verbindung mit bestimmten Projekten.
- 2) Jede Seite beachtet die nationale Gesetzgebung in ihrem eigenen Lande und nimmt Rücksicht auf die rechtlichen Verhältnisse auf der anderen Seite.
- 3) Die Parteien der Vereinbarung unterrichten sich gegenseitig über Maßnahmen und Initiativen, die grenzüberschreitende Bedeutung haben können.
- 4) Die Parteien gewähren den Organisationen und Verbänden der Region im Rahmen der zur Verfügung stehenden Arbeitskapazität Zugang zum Dienstleistungs- und Informationsangebot des Sekretariats.

§ 4 Die Organisation der Region

1) Die Organisation besteht aus:

dem Regionalrat

dem Vorstand dem Sekretariat

Arbeitsgruppen und Ausschüssen

2) Regionalrat

- a) Der Regionalrat ist das oberste Beschlußorgan der Organisation. Der Regionalrat ist ein gemeinsames Beratungs- und Koordinierungsorgan bei grenzüberschreitenden Angelegenheiten.
- b) Der Regionalrat besteht aus 42 Mitgliedern, wovon jede Seite 21 Mitglieder benennt. Ferner werden von jeder Seite bis zu 3 Beobachter/innen (mit Rederecht, aber ohne Stimmrecht) zur Teilnahme an den Sitzungen des Regionalrates benannt. Hiervon werden dem dänischen Folketing und dem Landtag in Kiel angeboten, jeweils 2 Beobachter/innen zu benennen.
Jede Seite entscheidet selbst über die Zusammensetzung der Delegationen.
Die Wahlperiode entspricht der Wahlperiode, die für die Parteien der Vereinbarung gilt.
- c) Zu den Aufgaben des Regionalrates gehören insbesondere:
 - Wahl eines/einer deutschen und eines/einer dänischen Vorsitzenden aus dem Kreis der Mitglieder des Vorstandes im Zweijahresrhythmus;
 - Festlegung des Rahmens für die Tätigkeit der Organisation;
 - Verabschiedung der Geschäftsordnung für die Tätigkeit des

Regionalrates und anderer erforderlicher Richtlinien für die Tätigkeit der Organe der Organisation;

- Beschlußfassung über größere Zusammenarbeitsprojekte und Billigung des Budgets für solche Projekte;
 - Verabschiedung von Budget und Rechnungslegung der Organisation;
 - Beratung und Beschluß über den jährlichen Bericht über durchgeführte einzelne Projekte von größerer Bedeutung.
- d) Der Regionalrat hält zweimal jährlich eine ordentliche Versammlung ab. Die ordentlichen Versammlungen finden im Wechsel bei der deutschen und dänischen Seite statt. Außerordentliche Versammlungen können jederzeit stattfinden auf Initiative des Vorstandes oder auf Verlangen von mindestens 10 Mitgliedern des Regionalrates.

3) Vorstand

- a) Der Vorstand besteht aus 8 Mitgliedern, wovon jede Seite 4 Mitglieder benennt.
- b) Die Vorsitzenden des Regionalrates sind gleichzeitig die Vorsitzenden des Vorstandes. Die Vorsitzenden treten bei Angelegenheiten von größerer Bedeutung gemeinsam auf; Entscheidungen über Angelegenheiten der laufenden Geschäftsführung stimmen sie miteinander ab. Die Vorsitzenden leiten im Wechsel die Sitzungen des Vorstandes.
- c) Zu den Aufgaben des Vorstandes gehören:
- Vertretung der Region Schleswig/Sønderjylland nach außen,
 - Vorbereitung und Vorlage von Beschlußangelegenheiten für den Regionalrat,
 - Ausführung von Beschlüssen, die der Regionalrat gefaßt hat,
 - Stellung eines Sekretariates und Leitung der Arbeit des Sekretariates,
 - Einsetzung von Arbeitsgruppen oder Ausschüssen auf eigene Initiative oder im Auftrag des Regionalrates.

4) Sekretariat

- a) Es wird ein Sekretariat für die Organisation eingerichtet, welches seinen Sitz auf der dänischen Seite hat.
- b) Das Sekretariat kümmert sich um die laufende Verwaltung der Organisation einschließlich der Vorbereitung der Sitzungen des Regionalrates, des Vorstandes sowie der Arbeitsgruppen und Ausschüsse.
- c) Die Ausgaben für die Tätigkeit des Sekretariates werden – nach Abzug von Zuschüssen Dritter – von den Parteien der Vereinbarung gemeinsam

getragen, d.h. daß jede Seite die Hälfte der Nettoausgaben deckt.

5) Arbeitsgruppen – Ausschüsse

Zur Erarbeitung von Vorschlägen für gemeinsame Projekte können Arbeitsgruppen sowie zur mehr dauerhaften Wahrnehmung bestimmter Aufgabengebiete Ausschüsse eingesetzt werden.

In die Arbeitsgruppen und Ausschüsse können Vertreter einschlägiger Interessengruppen oder Institutionen berufen werden.

§ 5 Beschlußfassung

Die Beschlüsse im Regionalrat werden in grundsätzlicher Übereinstimmung gefaßt, wofür erforderlich ist, daß mindestens 34 stimmberechtigte Mitglieder des Regionalrates anwesend sind, hiervon 17 Mitglieder auf jeder Seite, sowie daß mindestens 12 auf jeder Seite anwesenden Mitglieder für den Beschlußvorschlag stimmen.

Jedes Mitglied des Regionalrates hat eine Stimme.

Beschlüsse des Vorstandes werden einstimmig getroffen.

§ 6 Finanzen

- 1) Beide Seiten haben vollen Zugang zu allen Informationen über die Finanzen der Organisation.

Die Finanzierung der gesamten Tätigkeit der Organisation geschieht durch

- Beiträge der Parteien der Vereinbarung
- Zuschüsse Dritter, z.B. von den Europäischen Strukturfonds
- Einnahmen erzielende Tätigkeit.

- 2) Das Budget, welches die Ausgaben und Einnahmen für ein Kalenderjahr ausweist, wird vom Regionalrat vor Ablauf des Monats Oktober des vorhergehenden Jahres verabschiedet.

Der Regionalrat stellt den Jahresbericht mit der Rechnungslegung über Ausgaben und Einnahmen der Organisation für ein Kalenderjahr bis Ablauf des Monats März im darauffolgenden Jahr fest.

§ 7 Schlußbestimmungen

- 1) Änderungen dieser Vereinbarung können nur in Übereinstimmung zwischen den Parteien der Vereinbarung vorgenommen werden.
- 2) Der Regionalrat wird in Dreijahresabständen die Erreichung der Ziele dieser Vereinbarung und die Weiterentwicklung der Region grundsätzlich beurteilen und hierbei prüfen, ob er den Parteien eine Änderung dieser Vereinbarung vorschlagen will.

- 3) Die Vereinbarung wird mit Rücksicht auf die langfristige Zielsetzung in der Präambel auf unbestimmte Zeit getroffen.
- 4) Die Vereinbarung wird aufgelöst, wenn die deutsche oder die dänische Seite mitteilt, daß sie die Vereinbarung aufheben möchte. Der Regionalrat ist in einem solchen Falle mindestens 6 Monate vor dem Zeitpunkt der Aufhebung zu unterrichten;
danach trifft der Regionalrat die Entscheidung, auf welche Weise die Organisation aufgelöst wird und wie Verpflichtungen erfüllt werden, welche die Organisation eingegangen ist.
- 5) Die vorliegende Vereinbarung wird zur Unterschrift auf deutsch und dänisch in vier Exemplaren ausgefertigt. Beide Fassungen haben die gleiche Gültigkeit.
- 6) Die Vereinbarung tritt im Zeitpunkt der Unterzeichnung in Kraft.

Renate Schnack

Kreispräsidentin des Kreises Nordfriesland

Dr. Olaf Bastian

Landrat des Kreises Nordfriesland

Johannes Petersen

Kreispräsident des Kreises Schleswig-Flensburg

Jörg Dietrich Kamischke

Landrat des Kreises Schleswig-Flensburg

Peter Rautenberg

Stadtpräsident der Stadt Flensburg

Olaf Cord Dielewicz

Oberbürgermeister der Stadt Flensburg

Kresten Philipsen

Amtsborgmester, Sønderjyllands Amt

Finn Hansen

Amtsdirktor, Sønderjyllands Amt

Grenzverbände schließen Vertrag über die zukünftige Zusammenarbeit

Die vier Grenzverbände im Landesteil Schleswig haben einander am 4. November in Schleswig ihren Willen zur Zusammenarbeit und zur gegenseitigen Unterstützung versichert. Sie haben diesen Willen auch in einer vertraglichen Vereinbarung bekundet und darin erklärt, daß sie sich gemeinsam für den Landesteil Schleswig engagieren wollen. Zu den Aufgaben der Grenzvereine wird es gehören, Informationen über die Entwicklungen im Grenzraum zu verbreiten und die positiven Wandlungen an der deutsch-dänischen Grenze zu unterstützen. Die vertragliche Vereinbarung zwischen den Grenzverbänden erlaubt die Auflösung des Deutschen Grenzausschusses e.V., der sich als nicht mehr zeitgemäßes Instrument der Zusammenarbeit zwischen den Verbänden herausgestellt hat. Die Mitglieder des Deutschen Grenzausschusses – jeweils der Vorsitzende und ein weiteres Mitglied aus den vier Grenzverbänden (Vorsitzende: Deutscher Grenzverein e.V. / Landrat Jörg-Dietrich Kamischke, Schleswig; Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig e.V. (ADS) / Hans Dethleffsen; Grenzfriedensbund e.V. / Lothar Hay, Mdl, und Schleswig-Holsteinischer Heimatbund e.V. (SHHB) / Uwe Ronneburger) stimmten ohne Gegenstimme für die Auflösung des Deutschen Grenzausschusses e.V. Alle sahen in der vertraglichen Vereinbarung die Möglichkeit zu einem häufigeren und besseren Austausch zwischen den Verbänden.

Deutscher Grenzverein e.V.

Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig e.V.

Grenzfriedensbund e.V.

Schleswig-Holsteinischer Heimatbund e.V.

Pressemitteilung der vier Grenzverbände, 4.11.1997

Regionalrat nahm die Arbeit auf

APENRADE/FLENSBURG (fju). Mit dem Appell, die Bildungswissenschaftliche Hochschule Flensburg/Universität zu erhalten und auszubauen, hat der deutsch-dänische Regionalrat gestern in Apenrade seine Arbeit aufgenommen. Die 42 Mitglieder große Versammlung ist das Herzstück der neuen Region Schleswig/Sønderjylland, die grenzüberschreitend nach Zukunftsperspektiven für das Grenzland suchen will. An einem Tisch mit Europaflagge, Danebrog, Bundes- und Schleswig-Holstein-Fahne unterzeichneten die politischen Spitzen Flensburgs, der Kreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland sowie des

dänischen Amts Sønderjylland die Vereinbarung zur Errichtung der gemeinsamen Region. Zu gleichberechtigten Vorsitzenden wählte der Regionalrat Sønderjyllands Amtsbürgermeister Kresten Philipsen und Nordfrieslands Kreispräsidentin Renate Schnack. Philipsen machte trotz der feierlichen Stimmung keinen Hehl daraus, daß „die dänische Seite immer Vorbehalte hatte, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu formalisieren“. Oberbürgermeister Olaf Cord Dielewicz hingegen betonte, für die deutsche Seite sei es seit vielen Jahren „ein Herzenswunsch“ gewesen, eine gemeinsame Region zu bilden. Allerdings hätten die „schrillen Töne“, die die Gründung der Region begleiteten, gezeigt: „Es ist noch ein weiter Weg, bis die gemeinsame Region die Köpfe oder gar Herzen der Menschen erreicht.“ Auf dänisch betonte Dielewicz: Das größte Versäumnis, das die Deutschen wettmachen müßten: „endlich ernst machen mit dem Erlernen der dänischen Sprache.“

Im Regionalrat selbst stieß dieser Aufruf nur auf eine schwache Resonanz: Allein der SPD-Fraktionsvorsitzende im Kreistag Schleswig-Flensburg, Ingo Degner, kündigte ausdrücklich an, künftig die Sprache des nördlichen Nachbarn zu lernen. Amtsbürgermeister Kresten Philipsen meinte: Wenn er sich die Sprachkenntnisse seiner Kinder ansehe, komme er zum Ergebnis, daß die deutsch-dänische Zusammenarbeit in 20 Jahren ohnehin auf Englisch stattfinden werde.

Über gesonderte Arbeitsgruppen zu den Themen Arbeitsmarkt, Bildung und Kultur möchte der Regionalrat Fachleute in den grenzüberschreitenden Schulterschuß einbeziehen. Für die Stelle eines Sekretärs, der ab Oktober die Arbeit der Region koordinieren soll, sind bereits 100 Bewerbungen eingegangen. Die nächste Sitzung des Regionalrats findet voraussichtlich Ende Februar in Schleswig-Holstein statt.

Flensburger Tageblatt, 17.9.1997

Von Hielmcrone und de Jager als Beobachter

(N) KIEL. Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird die Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD), Husum, und Jost de Jager (CDU), Eckernförde, als Beobachter in den Regionalrat der deutsch-dänischen Region Schleswig/Sønderjylland entsenden. Von Hielmcrone ist Kulturausschußvorsitzender und Sprecher seiner Fraktion für Westküstenfragen, de Jager europapolitischer Sprecher seiner Fraktion.

Nordschleswiger, 11.9.1997

Heimatbund will seine Selbständigkeit erhalten

Vorstand lehnt Aufforderung zu einer Fusion der vier deutschen Grenzverbände

ab

(N) SCHLESWIG. Der Aufforderung, die deutschen Grenzverbände sollten fusionieren, hat der Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes (SHHB), Uwe Ronneburger, Tetenbüll/Eiderstedt, eine Absage erteilt. „Der SHHB-Vorstand hat beschlossen, in der Frage eines Zusammenschlusses der Grenzverbände die Eigenständigkeit unseres Verbandes zu behaupten“, erklärte Ronneburger auf der Jahresmitgliederversammlung des SHHB, des mit rund 55.000 Mitgliedern in 335 Vereinen, Kreis- und Landschaftsverbänden und Gruppen mit Abstand mitgliederstärksten deutschen Grenzverbandes, in Schleswig.

Der Nordschleswiger hatte am 24. Juli d. J. von der Anregung des ehrenamtlichen Generalsekretärs des Deutschen Grenzvereins, Dr. Henning Bachmann, Schleswig, berichtet, jetzt sei eine Fusion der vier deutschen Grenzverbände sinnvoll. Diese Meldung hatte in Kreisen des SHHB für Unruhe gesorgt. Zu unterschiedlich seien die Verbände, so die Meinungen. Die Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS), Flensburg, ist Trägerorganisation zahlreicher Kindergärten, Schullandheime und anderer Sozialeinrichtungen und verfolgt ausschließlich soziale Aufgaben. Der Deutsche Grenzverein e.V., Sankelmark, der die Akademie Sankelmark, den Jugendhof Scheersberg und die Heimvolkshochschule Leck unterhält, ist in einer außerordentlichen schwierigen finanziellen Situation. Der Grenzfriedensbund, Flensburg, ist damit beschäftigt, eine Zeitschrift herauszugeben. Und der SHHB widmet sich dem großen Aufgabengebiet der Heimatpflege und des Heimatschutzes und befaßt sich nur noch zum kleinen Teil mit Fragen des deutsch-dänischen Grenzlandes, hier speziell mit der Unterstützung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig. Ronneburger, der als Vorsitzender des SHHB einstimmig wiedergewählt wurde, griff das Thema auf und wies darauf hin, daß der Vorstand über einen so schwerwiegenden Eingriff in die Selbständigkeit des SHHB keine Entscheidungsbefugnis habe. Darüber könnten nur die Mitglieder in einer Hauptversammlung befinden. Der SHHB sei aber zu weiteren Gesprächen der Grenzverbände jederzeit bereit.

Nordschleswiger, 9.9.1997

Anmerkung der Redaktion der Grenzfriedenshefte

Die Ablehnung einer Fusion der vier Grenzverbände durch den Vorstand des SHHB entspricht der Haltung des Grenzfriedensbundes, der durch seinen Vorsitzenden ebenfalls auf die unterschiedlichen Aufgaben der Verbände verwiesen hat (siehe GFH 3/1997, S. 208f).

Die Arbeit des Grenzfriedensbundes läßt sich allerdings nicht auf die – öffentlichkeitswirksame – Herausgabe einer Zeitschrift reduzieren. Ebenso wichtig ist die eher stille soziale Arbeit des Grenzfriedensbundes.

Grenzenlose Ausleihe

Deutsch-dänischer Büchereiverbund

FLENSBURG (bö). Den Büchereibenutzern diesseits und jenseits der Grenze steht ab 1999 eine größere Auswahl zur Verfügung: Bis dahin soll es möglich sein, per Internet in die Kataloge der großen Bibliotheken in Sønderjylland und Schleswig- Holstein zu blicken. Wer in der Fülle von rund 600 000 Büchern, Tonträgern und Videos fündig wird, wird auch gleich per e-mail bestellen können – aus der Bücherei oder von zuhause. Bücher-Autodienste sorgen dann für die Auslieferung, kürzere Texte sollen als Kopie oder per Fax übermittelt werden.

Auf dänischer Seite beteiligen sich die Landesbibliothek in Apenrade, die Stadtbibliotheken von Hadersleben, Sonderburg und Tondern sowie die Deutsche Bücherei in Apenrade an dem Verbund. Südlich der Grenze sind die Flensburger Stadtbücherei, die dänische Zentralbibliothek für Südschleswig und die Landeszentralbibliothek mit ihren 150 angeschlossenen Büchereien dabei.

Unterschiedlich ist bei den Teilnehmern der aktuelle Stand des Projektes: Während die Büchereien in Apenrade und Hadersleben mit ihren Katalogen schon „online“ sind, werden in der Flensburger Stadtbücherei noch eifrig Titel elektronisch erfaßt. Ab April nächsten Jahres sollen auch hier computergestützte Suche und digitalisierte Ausleihe möglich sein. In keiner der beteiligten Bibliotheken soll durch die neue Technik Personal eingespart werden. Stattdessen sollen die Angestellten mehr Zeit für ihre Kunden haben.

Der deutsch-dänische Büchereiverband hat Modellcharakter: Grenzüberschreitenden Leihverkehr gibt es nach Angaben von Dr. Jens Ahlers von der Landeszentralbibliothek in keinem anderen Bundesland. Deshalb trägt die EU die Hälfte der Kosten von rund zwei Millionen Mark.

Flensburger Tageblatt, 13.9.1997

Friedensmission am Braukessel

Minderheitenzentrum als Schlichter

FLENSBURG (fju). Flensburg hat seine Premiere als diplomatisches Parkett bestanden: Auf Initiative des Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen (EZM) haben auf dem neutralen Terrain der Fördestadt erstmals verfeindete

ethnische Gruppen über Frieden verhandelt. Das Gipfel-Treffen mit 20 Teilnehmern gilt als Vorbild für die weiteren Begegnungen von Verhandlungsführern aus Krisenregionen. Einen Durchbruch zum Tauwetter erzielten jetzt zwei hochrangig besetzte Delegationen aus der Republik Moldova, einem Staat, der aus der ehemaligen Sowjetunion hervorgegangen ist und zwischen Rumänien und der Ukraine liegt. Der transnistrische Landesteil hat sich von der Zentralregierung abgespalten und, völkerrechtlich nicht anerkannt, zum selbständigen Staat erklärt. „Fast ein Jahr haben die Führungen von Moldaviern und Transnistriern überhaupt nicht mehr miteinander verhandelt“, schildert der Direktor des Minderheitenzentrums, Dr. Stefan Troebst, die verfahrenere Lage. Aber: Beim einwöchigen Gipfel im deutsch-dänischen Grenzland, so Troebst, habe man einen totalen Klima-Wechsel einleiten können. Nicht gleich am feierlichen Verhandlungstisch, zunächst auf die entspannte Tour: Am ersten Abend ging die Gruppe zu „Hansens Brauerei“ am Nordermarkt. „Da sind unsere Gäste massiv aufgetaut“, erzählt Tagungsleiter Troebst. Eine Fördefahrt an Bord der „Forelle“, ein Empfang beim dänischen Generalkonsul, ein Stadtrundgang mit dem Stadtpräsidenten hätten ein übriges zur Öffnung beigetragen. „Hier stehen die Parteien nicht unter den Augen ihrer Anhänger, zu Hause bräuchten die viel länger, um sich so weit aufeinander zuzubewegen“, betont Schlichter Troebst. Nach zweitägigen Lockerungsübungen in Flensburg gelang in der Tagungsstätte Bjerremark bei Tondern der Durchbruch mit offiziellem Ergebnis: In einem Schlußdokument schließen Moldawier und Transnistrier Gewalt als Mittel der Politik aus und bekunden den Willen zur Bildung eines neuen Staatswesens unter Beobachtung der OSZE, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Motiviert vom Erfolg, nimmt Troebst für einen zweiten Gipfel im Grenzland den Brennpunkt Korsika ins Visier.

Flensburger Tageblatt, 20.9.1997

J. K. Hansen will bei Simonis Schulzuschüsse anmahnen

Auf Einladung der Ministerpräsidentin Erörterung von ECMI-Budget und -Arbeitsvorhaben 1998

-uk- SONDERBURG. Auf Einladung von Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) wird der Vorsitzende des Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen (ECMI), Flensburg, früherer Minister J. K. Hansen (Soz.) Sonderburg, am kommenden Montag, 29. September, in Kiel mit der Regierungschefin die Zukunft des ECMI - darunter Arbeitsplan und Budget 1998 in Höhe von fünf Millionen Kronen – erörtern. „Es ist ein Höflichkeitsbesuch“, sagte Hansen. Sollte auf der Tagesordnung der Ministerpräsidentin Zeit sein und „wenn sich die irdische

Möglichkeit ergibt“, so Hansen gestern, will er als Vorsitzender des Fünfmannausschusses beim dänischen Unterrichtsministerium auch die Frage höherer Landeszuschüsse für die dänischen Schulen im Landesteil Schleswig anschneiden, obwohl er wisse, daß „das Land sparen muß“. Dänemark zahlt für den Schulbetrieb 1997 rund 56 Millionen DM – hinzu kommen noch Baukostenzuschüsse –, Schleswig-Holstein hingegen weniger Betriebsmittel. Hansen strebt ein Verhältnis von 50 zu 50 an, Landeszuschüsse „in Höhe der dänischen“.

Nordschleswiger, 24.9.1997

Zusammenarbeit über Grenze behält ihren hohen Stellenwert

Deutsch-dänische Bürgermeisterkonferenz in Sonderburg analysiert deutsch-dänische Partnerschaft in Region Schleswig/Sønderjylland und Regionalpartnerschaften über die Ostsee hinweg

hee. SONDERBURG. Während der 9. deutsch-dänischen Bürgermeisterkonferenz gestern in Sonderburg, zu der wie in den vergangenen Jahren das Sekretariat der deutschen Volksgruppe Kopenhagen und der Städtebund Schleswig-Holstein eingeladen hatten, unterstrichen Schleswig-Holsteins Landtagspräsident Heinz-Werner Arens (SPD) und der dänische Generalkonsul in Flensburg, H. P. Clausen, in ihren Reden den unverändert hohen Stellenwert der grenzüberschreitenden deutsch-dänischen Zusammenarbeit.

Arens meinte, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit müsse „in Verantwortung vor der Geschichte“ und der eigenen kulturellen und nationalen Identität behutsam erweitert werden. Er wies daraufhin, daß es im Vergleich zu anderen Grenzregionen im deutsch-dänischen Zusammenhang hinsichtlich der Dynamik sozialer, wirtschaftlicher, kultureller und umweltschützerischer Kooperationen Rückstände gebe. Er bezeichnete die Gründung des deutsch-dänischen Regionalrates als einen Beitrag zur Wahrung der Zukunftschancen der Region. Arens setzte sich für eine bewußte Einbeziehung der Minderheiten in den Ausbau der Zusammenarbeit ein.

Generalkonsul H. P. Clausen forderte in seiner Rede zu einem stärkeren Einsatz bei der Beseitigung der sprachlichen Barrieren im Grenzland auf, um zu einem tieferen gegenseitigen Verständnis zu gelangen. Clausen sagte, es gehe in der andauernden Debatte um die deutsch-dänische Zusammenarbeit gar nicht darum, die Grenze aufzuheben. „Es geht um Wirtschaftsförderung, um Bewältigung all jener Probleme, die gelöst werden müssen, wenn die Gebiete nördlich und südlich der Grenze in ihrer Randlege nicht ersticken sollen“, so Clausen.

Während der Bürgermeisterkonferenz, die unter dem Titel „Regionale

grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Gegeneinander, Miteinander und Füreinander?“ vom Leiter des deutschen Sekretariates, Siegfried Matlok, und Sonderburgs Vizebürgermeister Kurt Jessen (Soz.), eröffnet wurde, standen neben der Zusammenarbeit im Raum Schleswig/Sønderjylland auch die ebenfalls mit EU-Interregmitteln geförderten Kooperationen der schleswig-holsteinischen Regionen K.E.R.N. und Ostholstein mit den Ämtern Fünen bzw. Storstrøm auf der Tagesordnung.

Nordschleswigs Amtsbürgermeister Kresten Philipsen (V) ging während der Abschlußdiskussion auf die Zukunftsperspektiven ein, ob es auch nach der Jahrtausendwende noch möglich sein wird, bei der grenzüberschreitenden Kooperation auf Fördermittel aus der EU-Kasse zurückzugreifen. „Wir müssen ja zu unserer Schande zugeben, daß erst die EU-Gelder uns richtig zusammengebracht haben“, so Philipsen, der im Zuge der EU-Osterweiterung mit Abstrichen bei den im deutsch-dänischen Grenzland nutzbaren Fördermöglichkeiten rechnet. Er hoffe aber auf die Fortdauer der Förderung für Grenzregionen, die hierzulande einen wahren Boom bei den Kooperationen verschiedenster Einrichtungen ausgelöst hat, daß man „die Finger in der EU-Kasse behalten“ könne.

Nordschleswiger, 30.9.1997

Drei unterschiedliche deutsch-dänische Grenzregionen

Region Kern/Fünen, Interreg-Region Ostholstein/Storstrøms Amt und Region Schleswig/Sønderjylland auf Bürgermeisterkonferenz vorgestellt

-uk- SONDERBURG. Die Region Schleswig/Sønderjylland, die Kooperation zwischen Region Kern (Kiel, Eckernförde, Rendsburg, Neumünster) und Amt Fünen sowie die Interreg-Region Kreis Ostholstein/Storstrøms Amt sind drei deutsch-dänische grenzüberschreitende Partnerschaften, die zwar alle Fördermittel aus dem EU-Programm Interreg II erhalten, sich in ihrer Struktur und ihrer Zusammenarbeitsform aber deutlich voneinander unterscheiden. Das wurde auf der 9. deutsch-dänischen Bürgermeisterkonferenz des deutschen Sekretariats Kopenhagen und des Städtebundes Schleswig-Holstein gestern in Sonderburg deutlich.

Die Region Kern/Fünen sei mit 7.000 Quadratkilometern und über einer Million Einwohnern finanziell die kleinste der drei grenzübergreifenden Regionen, verdeutlichte Vizeamtsbürgermeister Carl Erik Jensen, Odense. Die gemeinsame Interreg-Zusammenarbeit habe 1994 begonnen. Im Interreg-II-Programm stünden bis 1999 1,8 Millionen Ecu zur Verfügung. „Über die fachlichen Ziele der Kooperationsprojekte hinaus wird es stets einen Nebengewinn in Form eines

Beitrags zu größerem zwischenvolklichen Verständnis geben“, betonte Jensen. Die geplante Einbeziehung eines osteuropäischen Ostseeraum-Partners in die Kern/Fünen Kooperation werde eine „weitere positive Entwicklung“ mit sich bringen. Die Interreg-II-Mittel verteilten sich auf die Handlungsfelder wirtschaftliche Zusammenarbeit, Tourismus, Wissenschafts- und Forschungszusammenarbeit, Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie Kultur, erläuterte Bürgermeister Rolf Teucher, Rendsburg. Mit Ausnahme von Kultur sei bislang aus jedem Handlungsfeld ein Projekt bewilligt worden: Dickblech-Laserschneiden mit den Projektpartnern Fachhochschule Kiel, Universität Kopenhagen, TD Lasertechnik GmbH, Rendsburg, und der Odense-Lindø-Schiffwerft; grenzüberschreitender Fahrradtourismus mit den Fremdenverkehrsgemeinschaften der Kern-Region sowie dem Tourismusträger „Fyn Tour“ auf den Haupttrouten Plön, Kiel, Langeland, Odense sowie Rendsburg, Eckernförde, Gelting, Fåborg, Odense; interregionale Weiterbildung für Export- und Umweltschutz (EU)-Techniker mit den Projektpartnern Technische Schule Odense und Techniker-Fachschule Kiel einschließlich gegenseitig anerkanntem Abschluß; Projekt Unternehmensnahe Dienstleistungen (UNA) mit den Projektpartnern Pro Regio GmbH, Rendsburg, und „Aben Datastue for Kvinder“, Fünen, zur EDV-Unterrichtung arbeitsloser Frauen und Existenzgründerinnen im EDV-Dienstleistungssektor. Neben den vier Städten und dem Kreis Rendsburg-Eckernförde zähle seit Anfang 1996 auch der Kreis Plön zur Kern-Region, sagte Teucher. „Wir wollen auch dort Interreg-Projekte verwirklichen. Eine schriftliche Zustimmung der EU-Kommission wird in Kürze erfolgen.“

Eine Intensivierung der schon 1977 locker begonnenen Zusammenarbeit zwischen Kreis Ostholstein und Storstrøms Amt sei 1989 erfolgt, schilderte Kristian Primdal, Leiter des internationalen Sekretariates des Amtes Storstrøm, Nykøbing/Falster. „Die Teilnahme am Interreg-Programm wurde der Start zu konkreteren Projekten. Wir ließen eine größere sozioökonomische Analyse beider Regionen über die regional wirtschaftlichen Folgen einer festen Fehmarnbelt-Querung als Grundlage zur Entwicklung gemeinsamer Projekte erstellen.“ Aus dem Programm Interreg II stünden von 1994 bis 1999 10,4 Millionen Ecu zur Verfügung. In Zusammenarbeit könne man die große Anzahl Touristen halten, an der Internationalisierung kleinerer Unternehmen und der Einführung neuer Methoden arbeiten sowie ein großes Potential als Transportknotenpunkt über die Ostsee beschaffen. „Eine feste Fehmarnbelt-Querung wird den Verlust von Arbeitsplätzen bedeuten“, sagte Primdal, „aber sicherstellen, daß beide Teilregionen weiterhin zentral auf der Europakarte liegen. Der Verlust von Arbeitsplätzen ohne eine feste Fehmarnbelt-Querung wäre auf Dauer aufgrund der fehlenden wirtschaftlichen Entwicklung am Fehmarnbelt noch viel größer.“ ...

Nordschleswiger, 30.9.1997

Schüler tauschen Plätze für eine Woche

Neues Projekt der Handelslehranstalt mit dänischen Partnern

FLENSBURG (gww). Die Idee zum ungewöhnlichen Schüleraustausch zwischen den etwa 30 Kilometer voneinander entfernt liegenden Schulen stammt von Kirsten Enig, Deutsch-Lehrerin in Sonderburg: „Ich habe überlegt, daß Flensburg unsere nächste Großstadt ist und daß es ganz natürlich ist, mit den Menschen dort zusammenzuarbeiten.“ Irene Eckart, zuständig für Schulpartnerschaften an der Handelslehranstalt, war von der Idee begeistert: „Es ist optimal. Die Wege sind kurz, man kann kurzfristig viel zusammen unternehmen.“ Sie denkt dabei auch an gemeinsame Theaterfahrten und Lehrerkonferenzen. Eine Zusammenarbeit auf dieser Ebene gab es bereits: Sie nahm an einem für das dänische Kollegium angebotenen Teamtraining teil.

Die deutschen Schüler waren im September drei Tage auf „Schnupperbesuch“ in Sonderburg, gestern kamen die Dänen nach Flensburg. Der Kontakt mit der Sonderburger Schule verläuft anders als mit anderen Partnerschulen: „Mit unseren Partnerschulen in Aarhus und in England treffen wir uns klassenweise einmal im Jahr. Hier fahren Schüler einzeln hin und knüpfen so viel engere Kontakte.“ Während Freundschaften bei anderen Austausch-Projekten meistens nur einige Wochen auf dem Briefpapier halten, können sich hier die Partner am Wochenende besuchen.

Die Schüler selbst freuen sich auf das Projekt: „Hoffentlich werde ich viele Freundschaften knüpfen“, meint Christian Dirschauer (16). Lars Hamann (18) ging vorher auf eine dänische Schule: „Ich finde es toll, beim Austausch mal wieder eine Mathestunde auf dänisch zu erleben.“ Auch die dänischen Schüler freuen sich auf die Partnerschaft: „Wir können bestimmt viel voneinander lernen“, hofft Michael Winther (20). Frank Petersen (19) möchte in Flensburg sein Schul-Deutsch trainieren. „Außerdem möchte ich das andere Schulsystem kennenlernen.“ Ihn freute vor allem beim gestrigen Gegenbesuch, daß einige Schüler sich an seinen Namen erinnern konnten. „Die Schüler interessieren sich wirklich für uns.“

Der Austausch soll noch weitere Formen annehmen: Manfred Dallmann, Klassenlehrer der 11a: „Wir planen eine gemeinsame Klassenfahrt mit den Dänen im Frühjahr – vielleicht nach Dublin. „Dallmann sieht das Projekt als eine Art Vorstufe zu den deutsch-dänischen Studiengängen an der Bildungswissenschaftlichen Hochschule/ Universität. „Langfristig könnte ich mir gemischte Klassen vorstellen, die vielleicht auch zwei Abschlüsse machen.“

Flensburger Tageblatt, 1. 10. 1997

Grenzregion will Vorbild sein

EZM und dänischer Verband entwickeln Projekt für Expo 2000

FLENSBURG (ft). Das Europäische Zentrum für Minderheitenfragen (EZM) in Flensburg und das in Apenrade ansässige „Sønderjyllands Erhvervs Center“ wollen die deutsch dänische Region auf der Expo 2000 in Hannover als Vorbild präsentieren. Wie es in einer Pressemitteilung des EZM heißt, haben die dänische Wirtschafts-Institution und das Minderheitenzentrum gemeinsam den Antrag für ein grenzüberschreitendes Projekt gestellt. Titel: „Menschen, Sprachen, Minderheiten: Die deutsch-dänische Grenzregion – Beispiel einer Konfliktlösung.“ In diesem Projekt haben sich verschiedene Minderheiten-Organisationen der Dänen, Deutschen, Friesen und Sinti unter der Schirmherrschaft von Landtagspräsident Heinz-Werner Arens zusammengefunden, um das Zusammenleben in der Region zu fördern und nach außen zu dokumentieren. Grundgedanke des Projekts sei, der in der Zukunft noch wachsenden Problematik von Minderheitenkonflikten, das ermutigende Beispiel eines friedvollen Miteinanders gegenüberzustellen. Eine Entscheidung über die Zulassung als Expo-Projekt wird im März kommenden Jahres erwartet.

Flensburger Tageblatt, 16.10.1997

Schock über Rassenhygiene

Zehntausende behinderter Frauen zur Sterilisation gezwungen

STOCKHOLM/GENF (dpa/rtr). Nachdem in der vergangenen Woche ein Journalist in der schwedischen Tageszeitung „Dagens Nyheter“ über die Zwangssterilisierung von 60 000 behinderten Frauen zwischen 1935 und 1976 berichtet hatte, werden ähnliche Vorfälle jetzt auch in anderen Ländern bekannt. Demnach hat es in Dänemark, Norwegen, Finnland, Österreich und in der Schweiz ebenfalls vor und nach dem Zweiten Weltkrieg staatliche Programme zur Zwangssterilisierung Zehntausender Behinderter gegeben. In der Schweiz und in Österreich soll außerdem auch heute noch aufgrund juristischer „Grauzonen“ weiter zwangssterilisiert werden.

Nach Angaben der finnischen Historikerin Marjatta Hietala sollen in ihrem Land zwischen 1935 und 1960 rund 17 000 Bürger mit Behinderungen und Erbkrankheiten zwangssterilisiert worden sein. „Es handelte sich nach damaliger Sicht um eine Art Sozialreform, um die Rasse zu verbessern“, erläutert Hietala. In den 30er Jahren, so die Historikerin, habe darüber fast völlige Einigkeit unter allen

politischen Gruppen bestanden. Für Norwegen bezifferte die Stockholmer Zeitung „Dagens Nyheter“ die Zahl der Opfer auf 40 000, für Dänemark auf 6000.

In der Schweiz werden nach Angaben des Genfer Universitätsprofessors Jacques Voneche nach wie vor Zwangssterilisationen an Behinderten durchgeführt. Die Eingriffe würden heimlich vorgenommen, meist anlässlich einer anderen Operation. Sterilisationen erfolgten auf Verlangen von Eltern Behinderter sowie von Institutionen und Ärzten.

Als Reaktion auf die Medienberichte hat gestern der österreichische Justizminister Nikolaus Michalek angekündigt, die Vorschriften für Eingriffe an geistig Behinderten zu ändern. In Österreich ist die Sterilisation Behinderter bis heute möglich – sofern den Behörden ein psychiatrisches Gutachten vorliegt, nach dem eine Schwangerschaft das Leben oder die Gesundheit der Behinderten gefährden könnte. Gesicherte Daten über die Anzahl der Frauen, die davon betroffen waren, gibt es bisher nicht. Experten schätzen, daß bis zur Hälfte aller Behinderten, die in Heimen leben müssen, zwangsweise sterilisiert wurden.

In Deutschland sind Zwangssterilisationen nach Auskunft von Behörden durch strenge Rechtsvorschriften erschwert. Wie ein Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft der Träger psychiatrischer Krankenhäuser gestern in Köln sagte, habe es „nur einen Fall in den letzten 20 Jahren gegeben“.

Flensburger Tageblatt, 29.8.1997

Dänen kämpften bei der SS

Freiwillige waren auch an deutschen Kriegsverbrechen beteiligt

Kratzer im dänischen Widerstands-Mythos

Sogar mit selbstgebauten Panzerwagen wollten die Dänen die deutschen Besatzer aus dem Land jagen: Dem Besucher des Kopenhagener Freiheitsmuseums wird ein heroisches Bild des dänischen Widerstandes gegen Nazi-Deutschland vermittelt. Daß aber 6000 Söhne Dänemarks nicht gegen, sondern mit den Deutschen marschierten, vergaß man gerne – bis Niels Bo Poulsen und seine zwei Kollegen ihre Forschungen veröffentlichten. Die drei jungen Historiker erforschen die Geschichte der dänischen Freiwilligen in der Waffen-SS und fanden auch in dem kleinen Land im Norden willige Vollstrecker Hitlers. „Daß mitten unter uns Mörder leben“, sagt Poulsen, „war für viele meiner Landsleute ein Schock.“ Zwar sei nur eine Minderheit der Freiwilligen beteiligt gewesen. Dennoch: „Es gab Kriegsverbrechen, die von Dänen ausgeführt wurden.“

Als die Wochenzeitung *Weekendavisen* die Ergebnisse der Untersuchung an der Roskilde-Universität vorstellte, zogen die großen Tageszeitungen nach. Dem Fernsehen DR 1 war das Thema den ersten Bericht in der

Hauptnachrichtensendung wert. Was Poulsen und seine Kollegen Claus Bundgaard Christensen und Peter Scharr Smith zum Beispiel herausgefunden haben: Russische Kriegsgefangene wurden wegen ein paar geklauter Zigaretten getötet – dies berichtete ein dänischer Soldat in einem Brief. Am 2. Juni 1942 erschossen Angehörige des Freikorps Dänemark mindestens zehn Gefangene aus Wut darüber, daß im vorangegangenen Gefecht ihr Kommandeur gefallen war.

Die Tageszeitung *Berlingske Tidende* schickte eine Reporterin nach Kroatien, wo das Forscherteam Indizien für ein Kriegsverbrechen der Dänen gefunden hatte: Ein ehemaliger Freiwilliger berichtete, daß Mitglieder seiner Einheit vom Panzergrenadierregiment Dänemark dort als Vergeltung für einen Partisanenangriff ein Dorf in Brand gesteckt und die Einwohner, darunter Frauen und Kinder, massakriert hätten. Die Reporterin fand einen ehemaligen Partisanen, der zumindest das Niederbrennen eines Dorfes durch dänische Soldaten bestätigt haben soll. Derzeit sucht Poulsen im Militärarchiv in Freiburg im Breisgau Beweise für den Verdacht, daß möglicherweise dänische Angehörige der SS-Division Wiking in Galizien 600 Juden erschossen haben.

„Unsere Arbeit rührt an ein Tabu“, sagt Poulsen. Wer von den dänischen Freiwilligen nach dem Krieg zurückkehrte, wanderte wegen Landesverrats für zwei bis vier Jahre hinter Gitter. Dann aber wollte man das unrühmliche Kapitel vergessen, unter anderem auch deshalb, weil es die dänische Regierung im Jahr 1941 dänischen Berufssoldaten ermöglicht habe, in die Waffen-SS überzuwechseln. Sie garantierte nämlich, die Soldaten nach dem Krieg wieder in die dänische Armee zu übernehmen. So hatten in der Division Nordland und im Freikorps Dänemark nicht nur Nazis und Abenteuerlustige gekämpft. Daneben wollten auch Offiziere in einer seltsamen Logik der kampfflosen und deshalb in ihren Augen schmachvollen Besetzung Dänemarks einen Sinn abgewinnen, indem sie mit den Deutschen in den Krieg zogen.

Lieber als an die Landesverräter erinnerte man sich in Dänemark an den Widerstand. Gewarnt durch Georg Ferdinand Duckwitz, den Attaché der Handelsmarine an der deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen, konnte der dänische Widerstand Anfang Oktober 1943 noch in buchstäblich letzter Minute vor der von Berlin befohlenen Verhaftung und Deportation die meisten der rund 7 000 dänischen Juden mit einer Flotte kleiner Schiffe nach Schweden retten. 500 Juden aber wurden in die Vernichtungslager verschleppt – mit Hilfe von dänischen Waffen-SS-Freiwilligen auf Urlaub in der Heimat, die die Gestapo zu den richtigen Adressen führten.

„Ein interessantes Schauspiel“, nannte ein Freiwilliger das Abholen der Juden in einem Brief. „Immer wieder fanden wir eine Mentalität, die erschütternd ist“, berichtet Poulsen. So schrieb ein dänischer Freiwilliger aus Polen an seine Eltern:

„Gestern habe ich eine lustige Geschichte gehört.“ Dann berichtete er vergnügt, wie die SS als Vergeltung für eine von Partisanen gesprengte Brücke 600 Männer aus den umliegenden Dörfern zusammengetrieben und erschossen habe.

Björn Elmquist, im Parlament Rechtsexperte der sozial-liberalen Partei Radikale Venstre, forderte nun, die Kriegsverbrecher unter den ehemaligen Freiwilligen vor Gericht zu stellen. Für den Historiker Poulsen ein fast unmögliches Unterfangen, da die Schuld des einzelnen kaum noch zu beweisen sei. Er schätzt, daß in Dänemark noch etwa 500 ehemalige Waffen-SS-Leute leben. 180 von ihnen, die verwundet worden waren, beziehen sogar Rente aus Deutschland.

*Bernd Hauser, in:
Süddeutsche Zeitung, 3.9.1997*

Vision für ein Museum an der Grenze

Landesmuseumsamt plant „Wiederbelebung“ der alten Kupfer-Produktion an der Grenze

HARRISLEE (jpb). Man stelle sich vor: In Kupfermühle lebt die alte Zeit wieder auf. Bei einem Rundgang in dem geplanten Museum erlebt der Besucher in einer der ehemaligen Fabrikhallen das Fauchen und Stampfen der Dampfmaschine, die im 19. Jahrhundert das Walzwerk antrieb. Er könnte sehen, wie Kupferbleche gewalzt und anschließend in den Schmieden verarbeitet wurden – alles am Originalschauplatz, der Kupfermühle. Der Weg könnte ihn weiter zum Turbinenhaus führen, vorbei an der alten Lorenbahn, die die Hallen verband, dorthin, wo das aufgestaute Wasser der Krusau einst über einen Schußkanal die große Turbine antrieb. Oder er könnte sich in einer typisch eingerichteten Wohnung über die einfachen Lebensbedingungen der Industrie-Arbeiter informieren.

Bis dieser Rundgang Wirklichkeit wird, sind noch viele Hürden zu nehmen. Das Projekt ist Bestandteil eines dezentralen Industriemuseums. Unter wissenschaftlicher Begleitung des Museumsamtes Schleswig-Holstein sollen künftig gemeinsam mit den lokalen Museen und Initiativen an den authentischen Orten die spezifischen Industriezweige gezeigt werden: der Schiffbau in Kiel, die Lederindustrie in Elmshorn, die Textilverarbeitung in Neumünster, die Eisenverhüttung in Herrenwyk, die Kupfer- und Messingverarbeitung in Kupfermühle.

Ihr kommt eine besondere Bedeutung zu, da sie die deutsche und dänische Vergangenheit in der heutigen Grenzregion verknüpft. In enger Zusammenarbeit mit dem Ziegelei-Museum Cathrinesminde in Dänemark, das den zweiten wichtigen Industriezweig an der Förde thematisiert, sollen Forschungen, Ausstellungen und kulturelle Aktivitäten die gemeinsame Geschichte vermitteln.

Gedacht ist auch an eine Schiffsverbindung zwischen Kupfermühle und Cathrinesminde.

Dr. Helmut Sydow, Leiter des Museumsamtes, will für die Realisierung des Projektes viele Geldtöpfe von Harrislee bis Brüssel anzapfen. Er rechnet mit Kosten in zweistelliger Millionenhöhe und einer Realisierungszeit von fünf bis zehn Jahren. Der Wasserslebener Lokalhistoriker Bodo Daetz hat unterdessen im ehemaligen Pfortner- und Waschhaus mit eigenen Mitteln die Keimzelle des Museums gelegt; seit gestern sind dort Original-Produkte aus der alten Kupfermühle ausgestellt.

Flensburger Tageblatt, 10.9.1997

Dänische Neonazis jagen Asylbewerber

APENRADE/TONDERN (ume). Mehrere Plakate mit Hakenkreuzen und dem Hinweis, daß ab sofort eine Grenzpatrouille der dänischen Neonazis die Grenze von illegalen Einwanderern freihalten wird, entdeckte die dänische Polizei am Wochenende an mehreren Grenzposten. Dänische Neonazis hatten dazu aufgerufen, Asylanten zu fangen, um den Zustrom von illegalen Einwanderern nach Dänemark zu stoppen. Zwei Fahrzeuge mit etwa neun bis 15 Neonazis aus dem Kopenhagener Raum, so die Ermittlung der Polizei, waren im unmittelbaren Grenzgebiet unterwegs, und deren Insassen hätten vermutlich auch die Plakate geklebt. Gleichzeitig hätten sie die Grenze überwacht und im Vorwege damit gedroht, illegale Grenzgänger „schnell wieder zurückzuschicken“. Frustriert ist die dänische Polizei, da sie keine gesetzliche Handhabe hat, die Aktion der Neonazis zu unterbinden. Rechtlich legal sei, was die Neonazis gemacht haben, bestätigte Polizeimeister Michael Nyrup-Hansen gegenüber unserer Zeitung. Jedermann dürfe einen Straftäter festhalten, bis die Polizei eintreffe, betonte Nyrup-Hansen. Schon seit längerem ist die Sicherheit der rund 80 Kilometer langen Landgrenze zwischen Dänemark und Deutschland ein innenpolitisches Thema in Dänemark. Vor diesem Hintergrund hat der dänische Justizminister erst vor zwei Wochen angekündigt, daß eine Polizei-Grenzpatrouille eingerichtet werden soll. Die Neonaziaktion vom Wochenende, so Nyrup-Hansen, werde vermutlich wiederholt werden, allerdings wisse die Polizei nicht wann oder wo.

Flensburger Tageblatt, 23.9.1997

Gedenkstein an der Außenförde für 14 Marinesoldaten

Kreis erinnert an die Opfer des Nazi-Regimes

Kreis SL-FL (pt). An der Flensburger Außenförde wird zur Erinnerung an die „nach unmenschlichen NS-Justizurteilen am 5./6. Mai 1945 im Sonderburger Hafen hinge- richteten elf Marinesoldaten und die am 10. Mai 1945 in der Geltinger Bucht exekutierten drei Marinesoldaten“ ein Gedenkstein errichtet. Das Mahnmal soll mit einer Tafel in deutscher und dänischer Sprache erklärt werden. Das beschloß der Kreistag einstimmig.

Einen entsprechenden Antrag hatte die SPD-Fraktion unter Hinweis auf die Verabschiedung einer Entschlieûung zur Rehabilitierung von Wehrmichtsangehörigen durch den Deutschen Bundestag eingebracht. Darin heißt es, daß die Urteile der Wehrmachtjustiz wegen Kriegsdienstverweigerung, Fahnenflucht und Wehrkraftzersetzung „unter Anlegung rechtsstaatlicher Wertmaßstäbe Unrecht waren“. Kreispräsident Johannes Petersen nannte die in Sonderburg und Gelting verhängten und vollstreckten Todesurteile militärisch sinnlos, denn es habe keine Einheiten mehr gegeben, die für einen Einsatz gegen den Feind hätten einsatzbereit gehalten werden müssen. Sie seien außerdem juristisch nicht haltbar gewesen, denn selbst geltendes Recht von damals sei mit Füßen getreten worden. Die Urteile seien in höchstem Maße unmenschlich gewesen: „14 junge Soldaten wurden das Opfer von Verblendung, Hysterie und Besessenheit.“ Den Antrag bezeichnete der Kreispräsident als Versuch, die „unglaublichen Geschehnisse von vor 52 Jahren“ aufzuarbeiten. Er brauche nicht den Beschluß des Bundestages, sondern die Fehlurteile allein genügten, um den sinnlos geopfert Soldaten einen würdigen Platz zu widmen, sagte Petersen.

Zuvor hatte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Kreisfraktion, Dr. Hans-Werner Johannsen, zur Erläuterung des Antrags daraufhingewiesen, daß es auch in der hiesigen Region weiûe und „braune“ Flecken in der jüngsten Vergangenheit gebe, die bisher lieber verschwiegen und verdrängt worden seien, weil sie kein „Ruhmesblatt unserer Geschichte sind“. Es sei bisher vielfach versäumt worden, die in der nationalsozialistischen Diktatur und ihrem Staatsterror auch „in unserer unmittelbaren Nachbarschaft“ zu verantwortenden Geschehnisse angemessen aufzuarbeiten, erklärte Dr. Johannsen. „Über 50 Jahre nach den schrecklichen Ereignissen ist es an der Zeit, unvoreingenommen und vorurteilsfrei über diese Zeit zu reden, zu forschen und zu berichten, aber auch der Opfer dieser Schreckensherrschaft ein würdiges Gedenken zu bewahren.“ Die letzten Opfer des Nationalsozialismus dürften nicht in Vergessenheit geraten.

Flemming Meyer (SSW) wies auf weitere Fälle nationalsozialistischen Unrechts im Kreis hin und beantragte auch für die davon betroffenen Menschen ein ehrendes Gedenken. Die gleiche Forderung erhob Manfred Wilner-Höfer (Bündnis 90/Die Grünen) unter Hinweis auf weitere Opfer. Entsprechende Anträge wurden an den Kulturausschuß überwiesen.

Schleswiger Nachrichten, 26.9.1997

„Grænseforeningen“ will Information verstärken

Aktivierung der 157 Ortsvereine/Finanzielle Unterstützung von zwei Millionen Kronen für den Umbau des „Flensborghus“ angekündigt

(N) NYBORG. Der „Grænseforeningen“, Kopenhagen, will künftig stärker über die dänische Minderheit und seine eigenen Aktivitäten informieren, hat dessen Vorsitzender Chefredakteur Bent A. Koch, Odense, auf der Delegiertenversammlung des Vereins in Nyborg angekündigt. Dafür will der dänische Grenzverein in den nächsten zwei Jahren bis zu zwei Millionen Kronen aufwenden.

Ein neu einzustellender Vereinskonsulent soll die Arbeit der landesweit 157 Ortsvereine des Grenzvereins mit seinen jetzt 36.383 Mitgliedern aktivieren. Auch die Geschäftsstelle des „Grænseforeningen“ in Kopenhagen will ihre Aktivitäten noch weiter verstärken und mehr Vereine, Schulklassen, fachliche Organisationen usw. zu Reisen in den Landesteil Schleswig und zur dänischen Minderheit veranlassen und ihnen dabei praktische Unterstützung geben. Darüber hinaus plant der dänische Grenzverein, einmal jährlich ein Seminar für Lehrer in Südschleswig zu veranstalten. „In Lehrerkreisen stehen wir stark da“, erklärte Koch und verwies auf die Informationsbesuche von Flemming Meyer in rund 150 Schulen in den letzten Jahren. Die Lehrerseminare könnten auch zur Bildung neuer Kontakte in Südschleswig dienen. Schließlich will sich der Grenzverein mit einem Seminar an eine Reihe von Reisebusunternehmer wenden, um sie zu veranlassen, bei Touren in den Landesteil Schleswig die Fahrgäste über die dänische Minderheit und deren Arbeit zu informieren. 54 der vom „Grænseforeningen“ befragten landesweit über 500 Busunternehmer hätten Interesse an einem solchen Seminar bekundet.

Der „Grænseforeningen“ werde dem Südschleswigschen Verein (SSV) für den Umbau seiner Verwaltungszentrale „Flensborghus“ in Flensburg zwei Millionen Kronen im Laufe der nächsten beiden Jahre zur Verfügung stellen, kündigte Koch an. Der Fünfmannausschuß beim dänischen Unterrichtsministerium, mit dem der „Grænseforeningen“ „in einzigartiger Weise offen und vertrauensvoll zusammenarbeitet“, so Koch, habe bereits Mittel in gleicher Höhe zugesagt.

Nordschleswiger, 28. 11. 1997

Jugendstiftung für den Ostseeraum vorgeschlagen

Minister Gerd Walter: Selbstbewußtsein der Regionen im Ostseeraum gewachsen / Bildung eines ständigen Ostseesekretariates angemahnt

(N) KIEL/DANZIG. Für die Errichtung einer Ostsee Jugendstiftung hat sich Schleswig-Holsteins Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten, Gerd Walter (SPD), vor der 5. Ostsee-Subregionenkonferenz (BSSSC) in Danzig/Gdansk ausgesprochen. Sie solle den Jugendaustausch rund um die Ostsee organisieren. An den Ostseerat der Außenminister, die nationalen Regierungen und die Regionen des Ostseeraums appellierte Walter, diese Idee ebenso umzusetzen wie seine zweite Anregung, ein freiwilliges ökologisches oder soziales Jahr zu schaffen, das in allen Ostsee-Anrainerstaaten abgeleistet werden könne.

In seiner Abschiedsrede als gewählter Sprecher der BSSSC sagte Walter: „Unser Kontinent war zu lange geteilt. Wir haben die historische Chance zusammenzubringen, was zusammengehört. Wenn wir diese Chance nutzen wollen, brauchen wir die Jugend. In der Ostseeregion wächst eine neue Generation von Europäern heran, die stolz darauf ist, Dänen, Schweden, Norweger, Finnen, Polen, Esten, Letten, Litauer, Russen oder Deutsche zu sein, und die trotzdem oder gerade deswegen sagt: Unsere Zukunft heißt Europa.“

Walter unterstrich erneut die Notwendigkeit eines ständigen Ostseesekretariates: „Menschen und Kulturen zusammenbringen, Organisierte Kriminalität bekämpfen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit entwickeln und Handelsbarrieren überwinden, gemeinsame Infrastrukturen, gemeinsame ökologische Anstrengungen unternehmen – das ist unser gemeinsames Ziel. Aber jetzt muß es auch realisiert werden, und das geht zu langsam und zu wenig koordiniert.“ Walter begrüßte, daß die Außenminister im Juli 1997 die Prüfung einer solchen Einrichtung beschlossen haben und dazu einen entsprechenden Beschluß eventuell bereits vor ihrer nächsten Jahressitzung im Juli 1998 in Kopenhagen fassen wollen.

Nordschleswiger, 29.11.1997

Kiel kürzt: Dänische Minderheit bangt um ihre Existenz

Die dänische Minderheit im Landesteil Schleswig bangt um den Bestand zahlreicher Schulen und damit um die wesentliche Säule ihrer Existenz.

Der Zuschuß des Landes an den Dänischen Schulverein soll im kommenden Jahr um 1,6 Millionen Mark gekürzt werden. Das erklärte die Sprecherin des Bildungsministeriums, Patricia Zimnik, gestern gegenüber unserer Zeitung. Damit fällt die Kürzung der Fördermittel für die dänische Minderheit zwar deutlich geringer aus – ursprünglich sollten 3,2 Millionen Mark eingespart werden. Dennoch befürchten Eltern, Lehrer und mit ihnen der Dänische Schulverein, daß dies Schließungen von Schulen nach sich ziehen wird.

Patricia Zimnik erklärte, daß das Land den dänischen Schulen nur noch Personalkosten für tatsächlich erteilten Unterricht erstatten werde, nicht aber für Freistellungen oder Weiterbildungen von Lehrkräften. So könnte eine Million Mark eingespart werden. Zudem seien die Schulkosten, der Betrag, den die Schulen pro Schüler aufwenden müssen, gesunken.

SSW-Landtagsabgeordnete Anke Spoorendonk gibt sich mit dieser Rechnung nicht zufrieden. Aufgrund der Änderung des Schulgesetzes würden Kosten veranschlagt, die im dänischen Schulwesen gar nicht anfallen. Bernd Reppmann, Elternvertreter aus Vollerwiek (Kreis Nordfriesland), nennt ein Beispiel: „Fortbildungsarbeit ist an dänischen Schulen nie vergütet worden, Personalratsarbeit fällt nicht an. Summen, die also nie im Haushalt der Schulen aufgetaucht sind, werden nun gestrichen.“ Außerdem: Während die Schulkosten pro Schüler durch die geringere Schülerzahl pro Klasse im dänischen Schulwesen 17 000 Mark betragen, würden für einen deutschen Schüler lediglich 9 000 Mark veranschlagt.

Flensburger Tageblatt, 15.11.1997

Ein „Schuß vor den Bug“ der Standardparteien

Kommunalwahl in Dänemark: 6,8 Prozent für die rechte „Volkspartei“

KOPENHAGEN. Die Schlagzeile lag bei den meisten Redaktionen schon parat, bevor auch nur eine einzige Stimme der dänischen Kommunalwahlen ausgezählt worden war, denn die Meinungsforscher der Nation hatten ihren Weg in die Zeitungen längst geebnet: Rechtsruck in Dänemark. Als sich dann in der Nacht zu gestern erwartungsgemäß herausstellte, daß die stramm rechte Dänische Volkspartei mit sieben Prozent der abgegebenen Stimmen als klare Siegerin der Kommunalwahlen hervorging, fühlten sich Redakteure wie auch Demoskopen bestätigt – der Rechtsruck war Realität.

Doch bei genauerem Hinschauen entpuppt sich die Legende vom Trend nach Rechts als bestenfalls die halbe Wahrheit. Die relativ junge Dänische Volkspartei hat zwar deutliche Stimmenanteile gewonnen, doch ihren Ursprung hat die neue politische Kraft in der sogenannten Fortschrittspartei, die sich bei der gleichen Gelegenheit so gut wie total aus dem politischen Leben auf kommunaler Ebene verabschieden mußte. Damit scheint lediglich jener Personenstreit endgültig bereinigt, der die Frontfrau der neuen Volkspartei, Pia Kjrsgaard, vor anderthalb Jahren zu dem Bruch mit der Fortschrittspartei bewog. Was die politischen Inhalte angeht, läßt sich ohnehin für den Normalwähler kaum ein Unterschied feststellen – man hat sich an der Urne vielmehr an bekannten Persönlichkeiten aus der Landespolitik orientiert.

Dennoch spricht auch der renommierte Wahlforscher Johannes Andersen von der Universität in Aalborg in seinen ersten Analysen von einem gemäßigten Rechtsruck, ohne jedoch diesen Befund zu einer generellen Trendwende in der großen Politik hochzustilisieren. Nicht wegzudiskutieren bleibt bei diesem Wahlergebnis allerdings, daß die in Dänemark derzeit topaktuelle Debatte über den Zustrom von Asylbewerbern der eindeutig fremdenfeindlichen Dänischen Volkspartei den Wind direkt ins Großsegel blasen ließ, obwohl Ausländerfragen in der Kommunalpolitik eigentlich gar kein Thema sind. An der Aufteilung der politischen Kompetenzen im Staate ist schließlich kein Wähler gebunden.

In den vergangenen Monaten wurde auch in internationalen Medien gern und oft über den ultrarechten, gewaltbereiten Flügel in Dänemark berichtet und gewarnt. Leidlich bekannt ist, daß die fast uneingeschränkte Meinungsfreiheit des Landes auch – und gerade – diesen eindeutig dem rechtsextremen Lager zuzuordnenden Gruppen beste Voraussetzungen für die medienwirksame Selbstdarstellung bietet. Doch festzuhalten bleibt, daß sich diese Gruppen in den wenigen Ortschaften, wo sie sich überhaupt um die Gunst der Wähler bewarben, mit recht kläglichen Ergebnissen begnügen mußten. Ganze 137 Stimmen konnte die Neonazipartei DNSB in ihrem Hauptquartier im Kopenhagener Vorort Greve für sich verbuchen. Vom Rechtsruck in dieser Hinsicht also auch keine Spur.

So könnte das vorläufige Fazit der Kommunalwahlen eine letzte Warnung an die etablierten Parteien sein, sich in den kommenden Monaten viel intensiver als bisher um die vermeintlichen und auch durchaus realen Sorgen ihrer Bürger und Wähler zu kümmern. Sonst könnte der jetzt schon gründlich herbeigeredete Rechtsruck bei den spätestens im nächsten Sommer anstehenden Wahlen zum Folketing tatsächlich Wirklichkeit werden.

Leif Jonasson, in: Flensburger Tageblatt, 20.11.1997

Enttäuschung bei der deutschen Minderheit

Nordschleswig nach den dänischen Kommunalwahlen

NORDSCHLESWIG. Traditionell setzen die Dänen an einem Dienstag bei Wahlen ihr Kreuz. In dieser Woche war es wieder soweit: Die Entscheidung über die Zusammensetzung der Kommunalparlamente in den 23 Kommunen Nordschleswigs sowie des Amtrates von Sønderjylland, wie der offizielle Name der an Schleswig-Holstein angrenzenden dänischen Region lautet, ist gefallen.

Der Amtsbürgermeister, Kresten Philipsen, ist in Schleswig-Holstein vor allem während der nördlich der Grenze hitzigen Debatte um die Schaffung einer gemeinsamen deutsch-dänischen Grenzregion zusammen mit den benachbarten deutschen Kreisen und der Stadt Flensburg bekannt geworden. Die dänischen

Proteste gegen die Partnerschaft und Bildung eines deutsch-dänischen Regionalrates spielten auch im Wahlkampf eine Rolle, denn um die Gunst der Wähler warb eine eigens gegründete Bürgerliste, die sich zum Ziel gesetzt hatte, die Grenzregion Schleswig/Sønderjylland zu stoppen – und Kresten Philipsen zu stürzen.

Kresten Philipsen wird auch während der kommenden vier Jahre in Nordschleswig das Sagen haben und den Kurs der grenzüberschreitenden Kooperation fortsetzen können. Doch der auch landesweit bekannte Politiker der rechtsliberalen Partei Venstre erhielt von den Wählern einen Denkkzettel. Seine Partei verlor zwei ihrer bisher 14 Mandate im 29köpfigen Amtsrat, er selbst bekam 6000 persönliche Stimmen weniger.

Die Euroregionsgegner errangen ein Mandat im Amtsrat ebenso wie die beiden rechtspopulistischen Parteien Dansk Folkeparti und Fremskridtparti, deren „Volkstümlichkeit“ und „Fortschrittlichkeit“ darin besteht, unaufhörlich gegen Einwanderer und Flüchtlinge Stimmung zu machen. Wie bereits in den vergangenen Jahrzehnten kann sich Philipsen im Amtsrat auf eine breite Koalition aus bürgerlicher konservativer Volkspartei, der Schleswigschen Partei der deutschen Minderheit und Sozialdemokraten stützen. Gestern präsentierte Philipsen die neue „Regierungsgrundlage“ des Amtes Nordschleswig, deren wichtigste Aufgabengebiete die Verwaltung der Krankenhäuser, der Gymnasien, Landstraßen und die Umweltüberwachung sind. Mit dabei ist der Vertreter der deutschen Minderheit, Harald Søndergaard, der trotz Stimmenverlust seiner Schleswigschen Partei wieder in das Regionalparlament einziehen konnte und besonders in grenzüberschreitenden Fragen wie schon in den vergangenen vier Jahren Philipsen als Fachmann zur Seite steht.

Von hängenden Köpfen war bei der Partei der deutschen Minderheit in dieser Woche die Rede, denn statt eines angepeilten Stimmengewinns zeigte sich ein deutliches Minus, als die Stimmen gezählt wurden. Nicht nur auf Amtsebene, auch in vielen Städten und Dörfern schrumpften die Stimmenzahlen der Schleswigschen Partei, die im 1920 nach der Volksabstimmung von Deutschland an Dänemark abgetretenen Nordschleswig in den Kommunalparlamenten die Politik mitgestaltet und besonders dafür eintritt, z.B. die Finanzierung der deutschen Kindergärten der Minderheit sicherzustellen.

Die Enttäuschung ist besonders groß, weil die Schleswigsche Partei seit Jahren an einem modernen Profil gearbeitet hat, um als Regionalpartei auch Wähler über den Kern der deutschen Minderheit hinaus anzusprechen. So zählen zu den Kandidaten seit Jahren neben traditionsbewußten Nordschleswigern viele junge Politiker, die als Ökolandwirte oder Ingenieure unterstreichen, daß für die Schleswigsche Partei Heimatverbundenheit auch moderne ökologische Orientierung umfaßt.

Nicht aufgegangen ist offensichtlich auch die Strategie, Wähler unter den zahlreichen Bundesdeutschen zu gewinnen, die während der vergangenen Jahre nach Nordschleswig gezogen sind und zumeist als Grenzpendler ihr Geld verdienen. Auf kommunaler Ebene konnte die Schleswigsche Partei ihre Mandate in Apenrade, Gravenstein, Tingleff, Lügumkloster und Hoyer bewahren. Doch in der alten Hochburg Tondern ging eines der zwei Mandate verloren – und zugleich die Rolle als Zünglein an der Waage im Stadtrat.

In der Schleswigschen Partei hat bereits die Analyse der Wahlschlappe begonnen, die sicher auch auf die Beeinflussung der Wähler durch die landesweit in den Medien dominierenden Parteien zurückzuführen ist.

Ein Anzeichen, wie die landesweite Debatte auch lokale Wahlen steuert, ist der Einzug der ausländerfeindlichen Dansk Folkeparti in die Stadträte unter anderem von Hadersleben und Apenrade, obwohl es so gut wie keine örtliche Parteigliederung gibt.

In Sonderburg erlebten die bisher mit absoluter Mehrheit regierenden Sozialdemokraten ein Fiasko. Nach 51 Jahren verloren sie den Bürgermeisterposten als Quittung für einen Skandal um unberechtigt eingestrichene Aufwandsentschädigungen.

In zahlreichen Kommunen veränderten sich die politischen Konstellationen mit der Wahl. Nicht nur, weil die Wähler neue Gewichte setzten, sondern vor allem auch, weil neue Koalitionen geschmiedet wurden. So muß der Bürgermeister der Grenzkommune Bau, Jens Aage Helmig (Venstre), seinen Hut nehmen und den Posten dem Konservativen Allan Niebuhr überlassen, der sich voraussichtlich auch auf die stärkste Fraktion, die der bisher oppositionellen Sozialdemokraten, stützen kann.

In Tingleff verhindern die drei Vertreter der Schleswigschen Partei einen Wechsel beim Bürgermeisterposten von Venstre zu den Sozialdemokraten. Entscheidend ist bei den Verhandlungspokern nach der Wahl, wer den umworbenen Partnern die besten Angebote macht. Allerdings gilt in allen Kommunen, daß die angespannte Kassenlage keinen Raum für die Einlösung allzuvieler Wahlversprechen läßt.

*Volker Heesch, in:
Flensburger Tageblatt, 21.11.1997*